

Köln Agenda

Journal

für ein zukunftsfähiges Köln

Ausgabe 2010



Nachhaltig handeln trotz Haushaltskrise

Kampagne „Kölner gestalten Zukunft“ – Soziales Köln in Gefahr
Netzwerk geplant – Eine Welt in Köln – Köln in der einen Welt
Der Plan zum Ziel – Klimaschutz in Köln





Wir haben jetzt Windkraft für über 80.000 Haushalte.

Jetzt weht auch bei Ihnen zuhause ein frischer Wind. Unsere neu erworbenen Windparks liefern genug Energie, um über 80.000 Haushalte in der Region komplett CO₂-neutral zu versorgen. Das

ist bundesweit ein Spitzenwert. Und im Rahmen unseres Programms „Energie & Klima 2020“ investieren wir weiter in den Klimaschutz. Sie dürfen gespannt sein, was als Nächstes kommt.

Da simmer dabei. **RheinEnergie**



Global Denken, lokal Handeln, Kommunen nachhaltig finanzieren!

„Nachhaltigkeit durch Partizipation“ heißt die Botschaft der Agenda 21, dem Schlussdokument der Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro. In Kapitel 28 werden die Kommunen aufgefordert, in einen Dialog mit ihren Bürger/innen, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft einzutreten, um mit ihnen eine Lokale Agenda 21, einen Handlungsplan für das 21. Jahrhundert aufzustellen.

Diesen Appell haben zehntausende von Städten und Gemeinden aufgegriffen und damit die weltweite Verankerung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung entscheidend voran gebracht.

Wenn nun die Städte und Gemeinden in Deutschland immer häufiger einen Nothaushalt aufstellen müssen, ist zu befürchten, dass dies einer nachhaltigen Entwicklung nicht förderlich ist. Dabei ist es nur ein Indikator, wenn die Kommune ihre ausgewiesene ‚Agenda-Arbeit‘ nicht mehr ausreichend finanzieren kann. Gravierender ist, dass die Kommune insgesamt den Auftrag zur kommunalen Selbstverwaltung nicht mehr wahrnimmt, weil für freiwillige Leistungen kaum mehr Geld da ist.

Auch Köln ist hier betroffen. Der KölnAgenda e.V. hat es begrüßt, dass der aktuelle Rot-Grüne Koalitionsvertrag mit dem Titel „Nachhaltige Politik für ein zukunftsfähiges Köln“ viele konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung benennt. Doch was nutzt dies, wenn der überwiegende Teil dieser Maßnahmen unter einen Haushaltsvorbehalt gestellt wird?

Der Schwerpunkt des aktuellen KölnAgenda Journals dreht sich daher um die Frage, wie die Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung in Köln finanztechnisch zu organisieren wäre. Eins lässt sich jetzt schon festhalten: Eine verständliche Darstellung des Haushaltsgeschehens und ein gut entwickelter Bürgerhaushalt wären hierzu zentrale Hilfsmittel. Auch Bund und Land sind gefordert, möglichst schnell die Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder herzustellen, indem übertragene Aufgaben auch gegenfinanziert werden

Darüber hinaus finden Sie auf den nachfolgenden Seiten wieder ausführliche Berichte über Aktivitäten des KölnAgenda e.V. und auch der Blick über den Tellerrand gehört wie immer dazu. Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihre KölnAgenda Infostelle

Inhalt

Nachhaltigkeit und knappe Kassen		
Haushalten tut Not: Das Kölner Haushaltsloch	>	4-5
Fragen an Manfred Ropertz „Der Rest geht zu Lasten der Stadt“	>	6-7
Interview mit OB Roters Vom Land im „Regen stehen gelassen“	>	8-10
KölnAgendaBilanz	>	10
Kampagne „Kölner gestalten Zukunft“ Soziales Köln in Gefahr	>	12/13
Für mehr Transparenz und Verantwortungsbewusstsein „Köln kann auch anders“	>	14/15
Die Folgen der Investorengläubigkeit in Köln Kostenfalle Privatisierung	>	16/17
Stadtgesellschaft/ Bürgerbeteiligung		
Zwischen Haushaltsdefizit und Bürgerbegehren? Der zweite Kölner Bürgerhaushalt	>	18/19
Geschlechtergerechte Stadtpolitik Genderperspektiven im Bürgerhaushalt	>	20
Bewahren, gestalten, verbinden – immer noch gut für Köln Fünf Jahre Bürgerstiftung Köln	>	21
Ein Instrument zur Gestaltung von Zukunft Nachhaltigkeitsindikatoren für Köln	>	22/23
Eine Welt		
KölnGlobal treibt städtische Eine-Welt-Arbeit voran Köln auf dem Weg zur Fairen Stadt	>	24/25
Netzwerk geplant Eine Welt in Köln – Köln in der einen Welt	>	26
Unterrichtsmappe Faire Kamelle Botschafter des Fairen Handels	>	27
Illo Graff gestorben	>	28
Vorgestellt		
Der Verband nachhaltiger Unternehmen „dasselbe in grün“	>	29
Bildung		
Nachhaltigkeit an Schulen als Herausforderung „Schule als Garten“ sehr gefragt	>	30/31
Umwelt- und Klimaschutz		
Der Plan zum Ziel Klimaschutz in Köln	>	32/33
KlimaKreis Köln: Eine runde Sache fürs Klima Motor für Innovationen	>	34/35
Agenda Ticker Energie	>	36/37
Wie sieht Köln als nachhaltige Stadt in 20 Jahren aus? Klimawandel im Dialog	>	38
Die Klimakampagne Klimaschutz - Jeder, Jeden Tag	>	39
Betriebskosten senken und dabei Umwelt entlasten Projekt Ökoprofit Köln gestartet	>	40/41
Adressen/Impressum	>	42

Haushalten tut Not

Das Kölner Haushaltsloch

Die finanzielle Lage der Stadt Köln ist hochdramatisch: So richtig nachvollziehen kann jedoch kaum jemand, wie das enorme Defizit entstanden ist. Immerhin stehen seit Anfang des Jahres wichtige Daten zum Haushalt als ‚Download‘ im Internet bereit. Es fehlt aber eine Darstellung, die den Bürger/innen die Gründe für den wachsenden Fehlbetrag verständlich erklären. Hier setzt der nachfolgende Beitrag an. Zu einigen besonders wichtig scheinenden Aspekten wurde anschließend der stellvertretende Amtsleiter der Kämmerei Manfred Ropertz befragt.

Finanzielle Eigenständigkeit der Stadt bedroht

Bei über 750 Mio. Euro liegt der Fehlbetrag für das aktuelle (414 Mio. Euro) und das kommende Haushaltsjahr (350 Mio. Euro) im geplanten Doppelhaushalt 2010/2011. Bereits für das Jahr 2009 wird ein Defizit von rund 250 Mio. Euro erwartet. Bis 2014 soll sich der Fehlbetrag auf über 1,5 Mrd. Euro addieren.

Um das Defizit auszugleichen, muss auf das Eigenkapital der Stadt zurückgegriffen werden. Für 2010 wird zunächst der Rest der **Ausgleichsrücklage** von 365 Mio. Euro aufgebraucht. Anschließend soll die **allgemeine Rücklage** in Anspruch genommen werden. Diese beträgt knapp 6 Mrd. Euro und würde bis 2014 auf gut 5 Mrd. Euro abgeschmolzen werden. Die Entnahmequote liegt 2011 bei 5,9 % (350 Mio. Euro) und 2012 bei 4,8 % (270 Mio. Euro). Damit wahrt die Stadt gerade noch ihre finanzielle Eigenständigkeit, denn bei zweimaliger Überschreitung der Fünf-Pro-

zent-Hürde schaltet sich automatisch der Regierungspräsident in die Aufstellung des Haushalts ein.

Einnahmen und Ausgaben im Ungleichgewicht

Als Grund für das Haushaltsloch weist der **Ergebnisplan** im Vergleich zu 2008 zu etwa gleichen Teilen **gesunkene Einnahmen** sowie **gestiegene Ausgaben** auf. Bei den **Einnahmen** knickte vor allem die Gewerbesteuer um etwa 200 Mio. Euro auf 850 Mio. Euro ein. Der Anteil an der Einkommensteuer ging um über 50 Mio. Euro auf gut 320 Mio. Euro zurück. Die **Schlüsselzuweisungen** reduzierten sich um knapp 40 Mio. Euro. Insgesamt **sinken** die ordentlichen Erträge (Einnahmen) gegenüber 2008 um ca. **280 Mio. Euro** auf rund 2700 Mio. Euro.

Hingegen **steigen** die **Aufwendungen** gegenüber dem Haushalt 2008 (bei dem noch ein Überschuss von gut 100 Mio. Euro verzeichnet werden konnte)

Nachhaltigkeit und knappe Kassen

Nachhaltigkeit und Knappheit stehen in einer engen Beziehung zueinander. Nachhaltigkeit ist gerade darum zu einem weltweiten Leitbild aufgestiegen, weil die natürlichen Ressourcen und die natürliche Umwelt knappe Güter sind. Es gibt zwar Wachstum und Wandel, aber dies ändert nichts an der Begrenztheit der Erde, deren Missachtung zum Kollaps führen wird. Geht es um Geld – die Maßeinheit und das Tauschmittel aller wirtschaftlichen Tätigkeit – droht Insolvenz, sollten Ertrag und Aufwand auf längere Zeit nicht in Deckung gebracht werden. Als Grad für die Nachhaltigkeit des Finanzhaushaltes der öffentlichen Hand wird zumeist der Grad der Verschuldung angeführt. Ganz so einfach ist die Sache aber nicht. Denn ‚nachhaltig‘ kann auch die Investition in Bildung, sozialen Frieden oder den Schutz der Umwelt sein, sei es, dass hier ein Ertrag erwartet wird, oder, wie beim Klimawandel, ein sehr viel höherer Schaden abgewendet werden soll. Beides ist an Einschätzungen und Erwartungen von Menschen geknüpft und mit vielen Variablen und Unbekannten verbunden. Um hier weitblickende Entscheidungen treffen zu können, kommt es gerade darauf an, möglichst viele Menschen einzubeziehen. Dabei darf der öffentliche Haushalt kein Buch mit sieben Siegeln sein.

um rund **250 Mio Euro** auf über 3100 Mio Euro. Der Anstieg wird fast ausschließlich durch die Produktbereiche „Sicherheit und Ordnung“ (+24,4 Mio. Euro), Schulträgeraufgaben (+49,4 Mio. Euro), Kultur & Wissenschaft (+18,8 Mio. Euro), Soziale Hilfen (+46,1 Mio. Euro), Kinder, Jugend, Familie (+80,1 Mio. Euro) sowie Verkehr (+25,9 Mio. Euro) verursacht.

Auszug aus dem Ergebnisplan – Ausgaben

Aufwand in Mio. Euro	2008	Plan 2010	Änderung 2008/2010
Sicherheit & Ordnung	162,34	186,70	+24,36
Schulträgeraufgaben	248,7	298,13	+49,43
Kultur & Wissenschaft	147,17	165,95	+18,78
Soziale Hilfen	637,75	683,80	+46,05
Kinder, Jugend, Familie	450,1	530,16	+80,06
Verkehr, ÖPNV	262,71	288,63	+25,92
Rest	962,29	967,02	+4,73
Gesamt	2871,06	3120,39	+249,33

Geplante Maßnahmen zum Ausgleich

Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht auf Basis der Steuerschätzungen vom Mai 2010 bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Minderung des ursprünglich noch höheren Fehlbetrages vor. Ab 2011 ist eine um 20 Mio. Euro auf 60 Mio. Euro erhöhte Gewinnabführung der Stadtwerke vorgesehen. Die Personalausgaben sollen bis 2014 auf dem jetzigen Stand von 730 Mio. Euro eingefroren werden. Eine vom Stadtvorstand im November 2009 beauftragte verwaltungsinterne „**Task Force**“ sieht Einsparungen vor, die sich bis 2014 auf über 330 Mio. Euro summieren sollen.



Die geplante Hotelabgabe in Höhe von 5 % ist aus rechtlichen Gründen noch nicht im Haushalt eingestellt. Kommt sie, soll dies den Fehlbetrag jährlich um über 20 Mio. Euro senken.

Zudem wurden per Verwaltungsverfügung bereits im laufenden Haushaltsjahr Kürzungen vorgenommen, die im Haushaltsplan 2010/2011 und in den Folgejahren bereits eingearbeitet sind und nicht mehr explizit ausgewiesen sind.

Die Vorgabe war

- die Pflichtaufgaben um 7,5%
- die im Grunde pflichtigen, in der Höhe beeinflussbaren Aufgaben um 10 %
- die freiwilligen Ausgaben um 12,5%

gegenüber den angemeldeten Beträgen für 2010 zu reduzieren. Wie viel dies im Einzelnen den Haushalt entlastet, lässt sich dem nachfolgenden Beitrag „Der Rest geht zu Lasten der Stadt“ entnehmen.

 **Roland Pareik**

Begriffe

Ausgleichsrücklage – allgemeine Rücklage

bei Einführung des NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement) festgesetzter Betrag in Höhe von 615 Mio. Euro, um Fehlbeträge im Haushalt auszugleichen

Ergebnisplan (Zusammenhang)

Der Ergebnisplan gibt eine Übersicht über alle Erträge und Aufwände eines Haushaltsjahres

Schlüsselzuweisungen

gemäß bestimmter Kriterien, wie z. B. die Zahl der Einwohner/innen, Steueraufkommen etc. erhält die Stadt Gelder von Land und Bund

Task Force

hier: Die vom Stadtvorstand (OB + Beigeordnete) beauftragte und vom Stadtkämmerer geleitete Arbeitsgruppe, die Vorschläge für Einsparmaßnahmen bei der Stadtverwaltung erarbeitet

Fragen an den stellvertretenden
Kämmereiamtsleiter Manfred Ropertz

„Der Rest geht zu Lasten der Stadt“

Herr Ropertz, im Zusammenhang mit dem Einsturz des Zentralarchivs hat die Stadt im Jahr 2009 einen außerordentlichen Aufwand von 88,5 Millionen Euro verbucht. Welcher Aufwand ist hier in den Jahren 2010-2014 geplant? An welcher Stelle findet sich dieser im Haushaltsplan wieder?

Im Teilplan 0412 – Historisches Archiv des Produktbereiches ‚Kultur & Wissenschaft‘ sind die entsprechenden Aufwendungen und Erträge zu finden. Insgesamt wurden in 2009 sogar rd. 150 Mio. Euro außerplanmäßig als außerordentlicher Aufwand bereitgestellt. Abzüglich der Versicherungsleistung verbleiben die genannten 88,5 Mio. Euro. In der Gesamtsumme ist u. a. neben den Abschreibungen auf verlorenes oder beschädigtes Archivgut ein Betrag von 52 Mio. Euro für Rückstellungen zur Durchführung der Restaurierung der Archivalien enthalten, die in den Jahren 2010 – 2013 finanzwirksam abfließen sollen. Da es sich hierbei um reine Zahlungsmittel handelt - die haushaltsmäßige Belastung ist ja über die Rückstellung bereits in 2009 erfolgt – sind die Summen auch nicht im Ergebnisplan ausgewiesen. Daneben sind im Planungszeitraum 2010 – 2014 rund 9,5 Mio. Euro Aufwendungen pro Jahr für das Historische Archiv veranschlagt (Ist 2008 = 2,5 Mio. Euro). In 2010 ist zudem zusätzlich ein einmaliger Zuschuss an die Stiftung „Stadtgedächtnis“ von 3,0 Mio. Euro vorgesehen.

Bereits für 2010 gibt es eine Verfügung des Kämmers, Pflichtaufgaben um 7,5%, im Grunde pflichtige Aufgaben um 10% und freiwillige Ausgaben um 12,5% zu kürzen. Läßt sich ungefähr sagen, welchen Umfang die jeweiligen Kategorien im Haushalt haben und in welcher Größenordnung hier Einsparungen realisiert werden konnten?

Die o. a. Kürzungsquoten wurden bereits in den – später zurückgezogenen – Haushaltsplan-Entwurf

2010 eingearbeitet. Bei der Berechnung der Kürzungsquoten wurden allerdings nicht die gesamten Aufwendungen des Haushaltes zugrunde gelegt, sondern pro Kategorie wurden die Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie die Abschreibungen herausgerechnet. Danach ergaben sich folgende Beträge:

Pflichtbereich:

rd. 834 Mio. Euro, Kürzung rd. 62,5 Mio. Euro

freiwilliger Bereich:

rd. 245 Mio. Euro, Kürzung rd. 30,5 Mio. Euro

grunds. pflichtig, die Höhe aber im Ermessen:

rd. 770 Mio. Euro, Kürzung rd. 73,3 Mio. Euro

Die so ermittelte Gesamtkürzung von rd. 166 Mio. Euro musste anschließend um rd. 40 Mio. Euro reduziert werden, da Kürzungen in dieser Größenordnung nicht umsetzbar waren. Dieser Betrag teilt sich in etwa hälftig auf die pflichtigen und die grundsätzlich pflichtigen Aufgaben auf.

Seit 2008 sind die Ausgaben im Bereich „Kinder, Jugend, Familie“ um 80 Mio. Euro, bei den „Sozialen Hilfen“ um 46 Mio. Euro und den Schulträgeraufgaben um fast 50 Mio. Euro gestiegen. Wie viel in den jeweiligen Produktbereichen ist davon auf Veranlassungen durch Bund und Land zurückzuführen, ohne das dies gegenfinanziert wurde?

Von der Steigerung im Jugendbereich entfallen alleine rd. 52 Mio. Euro auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung, insbesondere den Bereich U3 (Betreuung der unter dreijährigen Kinder). Seitens des Landes steht dem eine Einnahmesteigerung um rd. 17,4 Mio. Euro gegenüber. Den Rest muss die Stadt alleine finanzieren. Weitere rd. 23 Mio. Euro der Steigerung betreffen den Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe, der grundsätzlich von den Kommunen alleine zu finanzieren ist. Bei den Sozialen Hilfen lassen steigen-

de Arbeitslosenzahlen einen deutlichen Anstieg der Bedarfsgemeinschaften im Zusammenhang mit der Hilfestellung nach dem SGB II (Hartz IV) erwarten. Sind die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft von 2008 nach 2009 noch maßvoll um rd. 2,4 Mio. Euro angestiegen, so wird für 2010 ein weiterer Ausgabenanstieg von 16,0 Mio. Euro prognostiziert. Gleichzeitig ist festzustellen, dass sich die Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten der Unterkunft kontinuierlich verringert. Für 2008 betrug diese noch 28,6 %, für 2009 wurde sie auf 25,4 % abgesenkt und für 2010 erfolgte eine weitere Reduzierung auf 23,0 %. In Eurobeträgen ausgedrückt bedeutet diese Entwicklung Wenigererträge von rd. 12,4 Mio. Euro. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass durch Mehraufwendungen und Wenigererträge bei den Kosten der Unterkunft der städtische Haushalt zwischen 2008 und 2010 eine Mehrbelastung von rd. 30,8 Mio. Euro erfahren hat. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass auch in den Folgejahren weitere erhebliche, nur geringfügig refinanzierte Ausgabensteigerungen aus dem Bereich des SGB II auf die Stadt zukommen.

Auch bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie bei der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII sind im Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 gegenüber dem Ergebnis des Jahres 2008 Aufwandszuwächse zu verzeichnen. Ursächlich hierfür sind weiterhin steigende Fallzahlen in beiden Bereichen infolge der bekannten demographischen Bevölkerungsentwicklung. In oben genannten Bereichen wurden zur Bedarfsdeckung in 2008 Finanzmittel von rd. 153,1 Mio. Euro und in 2009 von rd. 166,2 Mio. Euro aufgewandt. Für 2010 muss von einem Finanzbedarf von rd. 170,0 Mio. Euro ausgegangen werden. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Unabhängig von diesem ständigen Anstieg zahlt der Bund einen gleichbleibenden Anteil von rd. 10 - 12 Mio. Euro.

Bei den Schulträgeraufgaben ist die Steigerung von 2008 nach 2009 mit einem Betrag von fast 10 Mio. Euro auf eine Ausweitung der Offenen Ganztagschu-



Manfred Ropertz ist seit Juni 2007 für die Leitung der zentralen Finanzsteuerung zuständig und seit 1987 in unterschiedlichen Aufgaben bei der Kämmerei tätig.

le zurückzuführen. Hiervon werden rd. 2,0 Mio. Euro durch steigende Landeszuweisungen und rd. 1,2 Mio. Euro durch zusätzliche Elternbeiträge refinanziert. Der Rest geht zu Lasten der Stadt.

Rund die Hälfte der angegebenen Steigerungen entfällt auf Mietanpassungen im Zusammenhang mit dem Neubau bzw. ist auf Instandsetzungsmaßnahmen bei den Schulgebäuden zurückzuführen. Der Rest verteilt sich auf mehrere Haushaltspositionen wie Lern- und Unterrichtsmittel, Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz, Beköstigung usw.

Interessant wäre zu wissen, in welcher Dimension Groß-Projekte das städtische Ergebnis belasten.

Wie sieht dies z.B. bei der Nord-Süd-U-Bahn aus?

Nach derzeitiger Hochrechnung (Stand 31.12.2009) beträgt die jährliche Belastung für den städtischen Haushalt durch den Bau der Nord-Süd-U-Bahn rd. 25 Mio. Euro über einen Zeitraum von rd. 33 Jahren. Abzuwarten bleibt, in welcher Größenordnung Mehrbelastungen durch das Unglück am Waidmarkt zusätzlich entstehen. Diese sind in der o. g. Berechnung noch nicht berücksichtigt.

Interview mit Oberbürgermeister Jürgen Roters

Vom Land „im Regen stehen gelassen“

Herr Roters, Köln größtes Problem ist zur Zeit das Haushaltsdefizit. Ihr Vorschlag, die Gewerbesteuerumlage für den Fonds Deutsche Einheit in den nächsten drei Jahren auszusetzen, würde Köln mit über 200 Millionen Euro entlasten. Wie erfolgversprechend ist das? Was könnten die Bürger/innen tun, um diese Forderung zu unterstützen?

Das Problem ist, dass wir rein praktisch nicht in der Lage sind, die Zahlung dieser Mittel zu verweigern, da sie vom Land mit unseren Ansprüchen aus dem Einkommensteueranteil verrechnet werden. Wichtig ist insbesondere, dass auf die Problematik aufmerksam gemacht wird. Es gibt mittlerweile nicht mehr die grundsätzliche Trennung in arme Ostländer und reiche Westländer. Die westdeutschen Kommunen sind mittlerweile auch in argen Finanznöten. Daher sehen wir es nicht mehr ein, Milliardenbeträge in den Osten zu transferieren und bei uns muss der Gürtel so eng geschnallt werden, dass die Gefahr besteht, dass bewährte Strukturen im Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und in sonstigem Bereich zerstört werden. Die Mittel könnten neben dem Erhalt der Strukturen auch für den Ausbau der U3-Betreuung (Betreuung der unterdreijährigen Kinder) eingesetzt werden.

Sie fordern auch eine breitere Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer. Welche zusätzlichen Einnahmen würde dies bringen? Wäre es nicht einfacher, den Hebesatz der Gewerbesteuer zu erhöhen?

Einfacher wäre es sicherlich – aber es ist immer nur ein Mittel der Wahl, wenn alle anderen Möglichkeiten der Finanzverbesserung nicht mehr greifen.

Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und insbesondere die Ausweitung der Gewerbesteuerpflicht auch auf Freiberufler verfolgt einen anderen Ansatz. Hier spielt auch ein wenig die Steuergerechtigkeit herein. Warum müssen kleine Unternehmen (wenn sie

die Freigrenzen übersteigen) Gewerbesteuer zahlen und große Rechtsanwaltskanzleien, Unternehmensberatungen, Steuerberater etc. im Regelfall nicht, obwohl diese auch die (Infrastruktur-)Leistungen der Stadt in Anspruch nehmen. Darüber hinaus erscheint mir der Hinweis wichtig, dass durch die Einbeziehung des Personenkreises der Freiberufler die Gewerbesteuer von diesen ja nicht komplett zusätzlich zur Einkommensteuer gezahlt werden muss. Die Gewerbesteuer kann bei der Einkommensteuerberechnung in Abzug gebracht werden, so dass hier eine Doppelbelastung weitgehend vermieden wird. Wichtig ist hier jedoch das Ergebnis: Die Gewerbesteuer (und somit auch der Mehrertrag) steht grundsätzlich den Kommunen zu, während wir von der Einkommensteuer nur 15 % erhalten, der Löwenanteil entfällt zu gleichen Teilen auf Bund und Land. Hier würde also eine Verschiebung zwischen den staatlichen Ebenen – diesmal zu unseren Gunsten – stattfinden.

Es heißt, die Politik der letzten Landesregierung hat im hohen Maße zur Verschuldung der Kommunen beigetragen. Welche Entlastung erwarten Sie für Köln von der neuen Landesregierung?

Die alte Landesregierung hat die Kommunen in vielen Situationen „im Regen stehen gelassen.“ Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich, Missachtung des Konnexitätsprinzips (besagt vereinfacht: „wer bestellt, bezahlt auch“) und Überfrachtung mit Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich sowie eine nicht tragfähige Abrechnung der einheitsbedingten Lasten haben zu einer immer stärkeren finanziellen Belastung der Kommunen geführt. So haben nicht ausreichend gegenfinanzierte Investitionen, z. B. in die offene und gebundene Ganztagschule und ähnliche von der Landesregierung verpflichtend vorgeschriebene Maßnahmen, zu einer steigenden Haushaltsbelastung geführt. Die Übertragung der Versorgungs- und Umweltverwaltung auf die Kommunen erfolgte ebenfalls ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Wir hätten uns auch gewünscht,

dass die Landesregierung unsere Forderung nach mehr Bundesmitteln für den U3-Ausbau besser unterstützt hätte.

Ich erwarte, dass die neue Landesregierung ein besserer und verlässlicherer Partner der Kommunen ist, dass sie Aufgaben nur in Verbindung mit der entsprechenden Finanzausstattung überträgt. Das Gemeindefinanzrecht muss dahingehend zurück geändert werden, dass der Handlungsspielraum für die kommunalen Unternehmen wieder erweitert wird. So können z. B. nur wirtschaftlich gut aufgestellte Stadtwerke ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt leisten.

Ich erwarte auch, dass das Land in die Finanzierung der Beitragsfreiheit für den Kindergartenbesuch einsteigt. Ein erster Schritt wäre die Beitragsfreistellung des 3. Kindergartenjahres zulasten des Landesetats.

Die Gemeindefinanzierung muss auf eine sichere und auskömmliche Basis gestellt werden. Hier erwarte ich eine Unterstützung der Kommunen durch die Landesregierung in der Gemeindefinanzkommission.

Ein Blick auf den Ergebnisplan zeigt, dass die Ausgaben seit 2008 in einigen Produktbereichen stark angestiegen sind (s. der Beitrag „Das Kölner Haushaltsloch“) Bei Verkehr, Sicherheit & Ordnung sind dies zusammen immerhin 50 Mio. Euro. Wie wäre es, diese Ausgaben wieder zurück zu fahren und dafür z. B. weniger bei den freiwilligen sozialen Aufgaben zu kürzen?

Dies würde ja bedeuten, dass es keine triftigen Gründe für die Budgetaufstockungen in den genannten Produktbereichen gegeben hätte. Die genannte Steigerung um rd. 50 Mio. Euro teilt sich auf in rd. 26 Mio. Euro für den Produktbereich Verkehrsflächen und Anlagen und 24 Mio. Euro für Sicherheit und Ordnung.

Die Mehraufwendungen bei den Verkehrsflächen dienen insbesondere der Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen bei den Kölner Rheinbrücken sowie bei einigen größeren Straßentunneln. Bei letzteren sind sicherheitstechnische Aufrüstungen zwingend erforderlich. Für die dringend erforderliche Sanierung der Rheinbrücken werden in den nächsten Jahren Finanz-



Oberbürgermeister Jürgen Roters

mittel von rd. 155 Mio. Euro benötigt. Da es sich sowohl bei den Maßnahmen für die Rheinbrücken als auch bei den Straßentunneln um wichtige Vorhaben im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit handelt, ist eine Rückführung der Ansätze auf das Niveau des Jahres 2008 nicht verhandelbar.

Die Ansatzsteigerung im Bereich Sicherheit und Ordnung ist auf mehrere Aspekte zurückzuführen: Bei der Feuerwehr musste in erheblichem Maße Personal zugesetzt werden, da hier nach EU-Vorgaben neue Arbeitsschutzrichtlinien zum Tragen kommen. Die Möglichkeit zur Leistung von Überstunden wurde hiernach erheblich eingeschränkt. Weiterhin mussten dringend erforderliche Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen auf dem Gelände des Großmarktes durchgeführt werden. Hier sind gesetzliche Vorgaben umzusetzen. Daneben waren in 2010 Aufwendungen für die Durchführung der Landtagswahl zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund des Verbots des Einsatzes von Wahlcomputern durch das Bundesverfassungsgericht ist die Durchführung von Wahlen wieder sehr (personal-)kostenintensiv. Die hierfür gewährten Erstattungen sind nicht kostendeckend. Den Kostensteigerungen stehen im Bereich Sicherheit und Ordnung auch – im Vergleich zu 2008 – um rd. 6 Mio. Euro höhere Erträge gegenüber.

Sollten die Bürger/innen nicht grundsätzlich, wie dies jetzt auch die Stadt Bonn überlegt, bei Entscheidungen zu Großprojekten beteiligt werden?

Wir haben mit dem „Runden Tisch zur Sanierung des Opernquartiers“ eine anspruchsvolle Bürgerbeteiligung auf neuem Terrain. Bisher gibt es ja schon in Bebauungsplanverfahren, im Internet mit dem Bür-

gerhaushalt, in verkehrlichen Fragen, etc. umfangreiche Bürgerbeteiligungen. Die Beteiligung der Bürger an politischen Prozessen ist ja gerade in Köln – Gott sei Dank – sehr ausgeprägt. Ob da jetzt zwingend neue Formen – neben den bestehenden – künstlich eingeführt werden müssen, das werden wir intensiv beobachten.

Wie Sie bereits versichert haben, liegt Ihnen die Arbeit des KölnAgenda e.V. sehr am Herzen. Welche Leistungen des Vereins würden Sie besonders hervorheben?

Neben den vielfältigen Aktivitäten des KölnAgenda e.V. – für den Klimaschutz, im Bürgerhaushalt, bei der Zukunftsfähigen Bürgerstadt, beim Gender Budget, beim Öko-Stadtführer, bei der Jecken Fairsuchung, bei der Bürgerstiftung und vieles mehr – ist grundsätzlich das Engagement für das Prinzip der Nachhaltigkeit von besonderer Bedeutung. Die Stadt Köln lebt auch und gerade vom Engagement seiner Bürgerinnen und

Bürger. Und der KölnAgenda e.V. ist ein sehr lebendiges Beispiel dafür.

Der KölnAgenda e.V. erhält von der Stadt 66.500 Euro. Dies entspricht – wird die Inflation berücksichtigt – in etwa der Unterstützung, welche die Stadt bereits vor zehn Jahren eingeräumt hat. Müsste dem Einsatz des Vereins für eine nachhaltige und bürgernahe Entwicklung der Stadt Köln nicht stärker Rechnung getragen werden?

Die Stadt Köln ist nicht nur Mitgründer, sondern auch ein wichtiger Träger des KölnAgenda e.V. Die finanzielle Unterstützung für den Verein begleitet dabei die sonstigen finanziellen Beiträge, mit denen die Stadt einzelne Projekte und Maßnahmen fördert und unterstützt. Die derzeitige Haushaltssituation ist dramatisch. Dennoch ist die Stadt bemüht, ihr finanzielles Engagement verantwortungsbewusst aufrecht zu erhalten. Schmerzhaft Kürzungen werden aber in keinem Bereich vermieden werden können.

Die Entwicklung in Zahlen

KölnAgendaBilanz

KölnAgenda e.V.	2008	2009	2010 geplant
I. Einnahmen			
1. Mitgliedsbeiträge	5.347 €	5.530 €	5.500 €
2. Zuschuss Stadt Köln	77.600 €	78.800 €	66.500 €
3. ABM-Mittel / BSHG-Mittel	23.176 €	22.196 €	36.000 €
4. Sonstige Einnahmen / Fördermittel	8.859 €	22.647 €	1.875 €
5. Anzeigenwerbung / Website	2.969 €	3.220 €	3.000 €
6. Zinserträge	21 €	6 €	10 €
7. Spenden	113€	1.226 €	100 €
Gesamteinnahmen	118.085 €	133.626 €	112.985 €
II. Ausgaben			
1. Personalstelle (25 Std.)	34.481 €	36.238 €	36.250 €
2. Miete + Betriebskosten	11.565 €	11.920 €	12.500 €
3. Veranstaltungen	1.902 €	3.398 €	2.000 €
4. Presse + Öffentlichkeitsarbeit	6.031 €	5.907 €	6.000 €
5. Projektmittelvergabe	4.078 €	4.334 €	5.000 €
6. Projektstelle I	28.973 €	17.770 €	22.000 €
7. Projektstelle II	28.653 €	15.241 €	0 €
8. Projektstelle III	0 €	17.850 €	26.000 €
9. Sonstiges	5.668 €	20.449 €	6.000 €
Gesamtausgaben	121.351 €	133.108 €	115.750 €

„Ich bin unheimlich glücklich über meinen Ausbildungsplatz im Kölner Zoo, den ich auch dem Engagement der Sparkasse KölnBonn zu verdanken habe.“

*Lea Klinkhammer,
Auszubildende im Kölner Zoo*

Unser Engagement für Bildung.
Gut für Köln und Bonn.

 Sparkasse
KölnBonn

Lea Klinkhammer wollte schon als Kind Tierpflegerin werden. Als „Partner des Kölner Zoos“ hat die Sparkasse KölnBonn einen zusätzlichen Ausbildungsplatz geschaffen und unterstützt Lea während ihrer Ausbildungszeit im Zoo. Denn Bildung ist wichtig für jeden von uns – und für die Zukunft unserer Region.

Sparkasse. Gut für Köln und Bonn.

Kampagne „Kölner gestalten Zukunft – Vereint gegen Sozialabbau“

Soziales Köln in Gefahr

Mit einer gemeinsamen Kampagne kämpfen die Kölner Wohlfahrtsverbände für den Erhalt von sozialen Einrichtungen in der Rheinmetropole. Die Stadt Köln will die kommunalen Zuschüsse für soziale Dienstleistungen stark kürzen, was das Aus für viele Projekte zum Beispiel in der Senioren- und Jugendarbeit bedeuten würde.

Drastische Kürzungen geplant

Rund 500 Mio. Euro Defizit wird die Stadt Köln in diesem Jahr wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise verkraften müssen. Dies stellt die kommunale Politik und Verwaltung vor eine schwierige Aufgabe, denn in vielen Bereichen muss kräftig gespart werden. Bei den Wohlfahrtsverbänden ist nun die Sorge groß, dass auch bei sozialen Initiativen und Projekten die Zuschüsse der Stadt gestrichen werden. Fest steht jetzt schon, dass seit Anfang des Jahres eine Kürzung der Zuschüsse im Sozialbereich zwischen 5 und 15 Prozent stattgefunden hat. Doch es könnte noch viel schlimmer kommen: Aktuelle Vorschläge der Stadtverwaltung weisen sogar drastische

Kürzungen von bis zu 50 Prozent in einzelnen Bereichen aus.

Es geht die Angst um, dass Hilfsstrukturen, die in langjähriger Arbeit entstanden sind, nun kurzer Hand zerschlagen werden. Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Bereiche wie die Arbeitslosen- und Sozialberatung sind stark gefährdet. Die möglichen Folgen der Kürzungen sollen hier am Beispiel der Senioren- und Jugendarbeit erläutert werden:

Beispiel Seniorennetzwerk Höhenberg

In der Seniorenarbeit dürfte der Kahlschlag besonders drastisch sein, sollte hier tatsächlich um 50 Prozent gekürzt werden. Das SeniorenNetzwerk Höhenberg im gleichnamigen Kölner Stadtteil hat diese Pläne jedenfalls mit Entsetzen zur Kenntnis genommen. Eigentlich war man hier guter Dinge, sollte doch im Herbst 2010 der lange geplante Umzug in größere Räumlichkeiten in der denkmalgeschützten Germania-Siedlung stattfinden: Die Kölner Wohnungsbaugesellschaft GAG stellt dort dem SeniorenNetzwerk barrierefreie Gemeinschaftsräume im „Paul-Schwellenbach-Haus“ zur Verfügung. Doch die harten Kürzungen der Stadt Köln könnten dieser Vorfreude ein schnelles Ende bereiten: „Es müsste dann eine Konzentration auf das Kerngeschäft stattfinden“, sagt der Netzwerkkoordinator Christof Wild. Öffnungszeiten müssten stark reduziert werden und die zeitintensive Begleitung von hochaltrigen Menschen wäre nicht mehr möglich. „Traurig wäre es, mit anzusehen, wie die neuen schönen Räume leer stehen, weil wir kaum noch die personellen und finanziellen Möglichkeiten haben“, so Wild. Das dies sich auch auf den gesamten Stadtteil auswirkt, wird deutlich, wenn die Aktivitäten aufgezählt wer-



den, die unmittelbar bedroht sind: Kooperationen mit dem sozialpsychiatrischen Zentrum, Durchführung von generationsübergreifenden Projekten, Koordination von Großveranstaltungen wie dem Höhenberger Adventsbasar etc.. Die soziale Infrastruktur des Stadtteils würde nachhaltig zerstört und das bisher gute Klima in einem ärmeren Stadtteil wie Höhenberg könnte kippen: Vereinsamung und soziale Probleme nähmen zu, das gute Miteinander ginge verloren.



Jugendzentren von der Schließung bedroht

Die Kölner Jugendarbeit ist ebenfalls von Kürzungen bedroht. Da schon seit Anfang des Jahres 10 Prozent weniger Mittel zur Verfügung stehen, sind bereits Programme und Angebote für Kinder und Jugendliche reduziert und Mitarbeiter entlassen worden. Falls die Stadt Köln weiter kürzt, könnte es sogar zur Schließung von Jugendzentren wie dem JUZI in Köln-Sülz kommen. Dann würden Jugendliche, die teilweise nur sehr wenig Geld haben (bei Hartz IV werden pro Monat lediglich 4,57 Euro für die Freizeitgestaltung gewährt), keine wichtigen Bildungs- und Freizeitangebote mehr bekommen. Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung könnten nicht mehr stattfinden, Orte der Begegnung wären nicht mehr da. Die Jugendlichen würden schließlich auf der Straße stehen und hätten keine sinnvolle Beschäftigung am Nachmittag und Abend mehr.

Forderung nach Stabilisierung sozialer Strukturen

Mit unterschiedlichen Aktionen und Veranstaltungen sowie der interaktiven Homepage www.koelner-gestalten-zukunft.de kämpft die Kampagne für den Erhalt der vorhandenen sozialen Dienstleistungen in Köln. Bisheriger Höhepunkt war eine Demonstration

Hinter der Kampagne „Kölner gestalten Zukunft – Vereint gegen Sozialabbau“ stehen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die sich in Köln zu einer Arbeitsgemeinschaft (LIGA) zusammengeschlossen haben. Zur LIGA gehören die Arbeiterwohlfahrt Köln, der Caritasverband für die Stadt Köln, der Paritätische Wohlfahrtsverband Köln, das Deutsche Rote Kreuz Köln, das Diakonische Werk Köln und Region und die Synagogen-Gemeinde Köln. Sie vertreten die Interessen ihrer Mitgliedsorganisationen sowie ihrer sozialen Einrichtungen und Dienste. Mit über 25.000 hauptamtlichen Beschäftigten sind sie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mehr Infos unter: www.koelner-gestalten-zukunft.de

am 9. Juni 2010 auf dem Roncalliplatz am Dom, bei der rund 8000 Kölnerinnen und Kölner zeigten, dass sie die Zerstörung sozialer Einrichtungen nicht einfach hinnehmen. Die Kampagne fordert einen Rettungsschirm für notleidende Kommunen. Städte und Gemeinden bekommen schon seit Jahren neue Aufgaben übertragen ohne die notwendigen finanziellen Mittel von Land und Bund zu erhalten. Gleichzeitig muss die Kölner Stadtpolitik trotz der schwierigen Haushaltslage daran erinnert werden, dass sie sich dazu verpflichtet hat, Köln zu einer für alle Generationen sozialen und solidarischen Stadt weiter zu entwickeln. Nicht der Rückbau aktivierender und unterstützender Angebote, sondern deren Stabilisierung ist volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch geboten. Soziale Strukturen, die bürgerschaftliche Eigenverantwortung und ehrenamtliche Selbsttätigkeit ermöglichen, dürfen nicht dem kurzfristigen Sparzwang geopfert werden.

 Carsten Bohnes

Kontakt:

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Öffentlichkeitsarbeit Kreisgruppe Köln

Carsten Bohnes

Marsilstein 4-6

50676 Köln

Tel. 0221 / 95 15 42-52

E-Mail: bohnes@paritaet-nrw.org

Internet: www.paritaet-nrw.org

www.koelner-gestalten-zukunft.de

Eine Bürgerinitiative für mehr Transparenz und Verantwortungsbewusstsein

„Köln kann auch anders“

Als Reaktion auf den Einsturz des Kölner Stadtarchivs infolge des U-Bahnbaus gründete sich im März 2009 aus einem kleinen Freundeskreis heraus die Initiative „Köln kann auch anders“. Seitdem streitet sie für „Transparenz, Verantwortungsbewusstsein, Nachhaltigkeit und wirksame Korruptionsbekämpfung in Rat, Verwaltung und kommunalen Betrieben.“ Der Köln-Agenda e.V. befragte die Initiatoren Frank Deja, Frank Möller und Monika Rainer zur aktuellen Haushaltskrise, bisherigen Erfolgen und weiteren Plänen.

Was sind Ihrer Ansicht nach die Hauptursachen für die derzeitige Haushaltskrise?

Neben den Ursachen, die für alle Städte gelten, d.h. insbesondere die Übertragung zahlreicher finanzieller Lasten von Land und Bund auf die Kommunen, sind dies in Köln zu einem großen Teil hausgemachte Ursachen, nämlich:

- Kosten im dreistelligen Millionenumfang, die der Stadt aus undurchsichtigen Geschäften, beispielsweise mit dem Oppenheim-Esch-Fonds, entstanden sind
- Verschwendung durch vielfach vorhandene doppelt ausgelegte Infrastrukturen und die Bedienung von vielerlei Sonderinteressen im Rahmen einer „Klientelpolitik“, d. h. Entscheidungen nicht aus Sachgründen sondern aus Gründen des Parteienproporz
- ungenügender kreativer Gestaltungswille bei der Haushaltsplanung; allein, dass die Stadt monatelang ohne Kämmerer dasteht und es nicht schafft, diesen Posten in einem ordentlichen, transparenten Verfahren nach Kriterien der Fachkompetenz zu besetzen, spricht Bände.

Wo sollte die Stadt Ihrer Meinung nach zuerst sparen und wo sollte auf keinen Fall gekürzt werden?

Zur Beantwortung dieser Frage fehlt uns das Expertenwissen. Das übliche Ritual, dass alle Interessengruppen begründet erklären, warum zwar überall gespart werden könnte, aber nicht bei Ihnen, halten wir für unfruchtbar. Um die Frage zu beantworten, müsste ein transparenter, moderierter Prozess eingeleitet werden, der die kreative Intelligenz der Stadtgesellschaft einbindet. In vielen Bereichen kennen die agierenden Experten sehr wohl Sparpotenziale, die

ohne Verluste städtischer Lebensqualität ausgeschöpft werden könnten. Solange Politik und Verwaltung nur pauschalen Kürzungen das Wort reden, fehlt allerdings das Vertrauen, entsprechende Vorschläge einzubringen. Dieses Vertrauen herzustellen ist Aufgabe der Politik. Uns scheint außerdem klar: Ohne den Dreiklang von sozialen Errungenschaften, Kultur und lebendiger Wirtschaft gerät eine Stadt in eine gefährliche Schiefelage. Die vorrangige Förderung sozialer Belange auf Kosten der Kultur wäre ein genauso fataler Fehler wie der umgekehrte Weg. Und ein Konzept der Wirtschaftsförderung, das die Stadt nicht attraktiv für die in ihr lebenden Menschen macht, wäre zum Scheitern verurteilt.

Halten Sie den Bürgerhaushalt für ein geeignetes Instrument zur (Mit-)Gestaltung von nachhaltiger Finanzpolitik? Was könnte hier noch verbessert werden?

Nein, halten wir nicht. Allein vom Volumen her ist der Bürgerhaushalt eine Veranstaltung, die Bürgerbeteiligung an der Zukunft der Stadt lediglich im Sandkastenformat vorspiegelt. Außerdem hat er sich zu einer Spielwiese entwickelt, in der alle möglichen Sonderinteressen-Gruppen auf dem Wege von Haushaltsvorschlägen Politik zu machen versuchen. Als Verbesserung würden wir betrachten, wenn ein den gesamten Haushalt betreffender moderierter Prozess im oben beschriebenen Sinne etabliert werden könnte. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Vorschläge zur Öffentlichkeit der öffentlichen Finanzen als Voraussetzung für Rechenschaftspflicht und Verantwortlichkeit:

www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/OeffentlicheFinanzenKoeln.pdf



Was haben Sie bisher erreicht? Was war ihr größter Erfolg?

Als wichtigste Errungenschaft betrachten wir, dass ein Forum entsteht, mit dem Bürger sich in ihre kommunalen Angelegenheiten einmischen können, ohne dafür einer Partei beitreten zu müssen. So hat Bürgerengagement beispielsweise dazu beigetragen, dass der Rat von dem Vorhaben Abstand genommen hat, ausgerechnet den in den skandalösen Messe-Deal verwickelten Ex-OB Fritz Schramma in den Aufsichtsrat der KölnMesse zu berufen. Der größte Erfolg war sicherlich das von uns gemeinsam mit der Kulturinitiative „Kölner Comment“ angestoßene Bürgerbegehren zum Schauspielhaus. Die Grundlage für den Erfolg war sicher, dass die Initiatoren, „Kölner Comment“ und „Köln kann auch anders“, ihre gemeinsame Initiative von Anfang an weit geöffnet haben, so dass unter dem gemeinsamen Dach „Mut zu Kultur“ buchstäblich Hunderte von engagierten Mitgliedern der Kölner Stadtgesellschaft aus unterschiedlichsten Kreisen aktiv werden und Tausende von Unterschriften sammeln konnten. Insgesamt haben wir den Eindruck: Allein die Tatsache, dass sich Bürger „aus der Nähe“ für das interessieren, was in Rat und Verwaltung geschieht, zeigt Wirkung im Bewusstsein und Kommunikationsverhalten der Ratsmitglieder.

Sie treffen sich jeden Montag von 18 bis 18.30 Uhr vor dem Rathaus. Was passiert da? Kommen Sie öfter ins Gespräch mit Ratsmitgliedern?

Wir treffen uns jeden Montag vor dem Rathaus als „Ständige Bürgervertretung“, um den Anspruch zu unterstreichen, dass das Rathaus das Haus der Bürger

sein sollte. Meistens gibt es dabei kurze Vorträge von Fachleuten zu kommunalen Themen (z. B.: „Besetzungsverfahren für öffentliche Stellen“ oder „Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln“) mit anschließender Diskussion sowie aktuellen Informationen und Veranstaltungshinweisen. Da um diese Zeit häufig Sitzungen enden und Ratsmitglieder das Rathaus verlassen, kommt es auch immer wieder zu Gesprächen. Insbesondere der Oberbürgermeister zeigt oft Bereitschaft, sich einem kurzen Gespräch zu stellen. Wir würden uns freuen, wenn es gelänge, diese Form des „kurzen Drahts“ zwischen Bürgern und Rat zu institutionalisieren, zum Beispiel indem der OB einmal im Quartal zu einem offenen Gespräch zwischen interessierten Bürgern und zur Teilnahme bereiten Ratsmitgliedern auf die Piazzetta des Historischen Rathauses einlädt.

Welche Aktionen planen Sie in der nächsten Zeit?

Unsere inhaltlichen Schwerpunkte für die nächste Zeit sind:

- Stellenbesetzungen in Verwaltung und kommunalen Betrieben
 - Pflege bzw. Verwahrlosung von öffentlichen Gebäuden und öffentlichem Raum
 - Haushalt
 - nach wie vor: Verantwortung für die Archivkatastrophe und Umgang mit dem Thema, zum Beispiel Beteiligung der Bürger an der Entscheidung über die Neugestaltung des Katastrophenortes am Waidmarkt
- Welche konkreten Aktionen sich daraus ergeben, entnehmen Sie am besten den aktuellen Informationen auf unserer Website.

Der Einsturz des historischen Archivs gab den Anlass für die Gründung von „Köln kann auch anders“

Kontakt:

Köln kann auch anders

E-Mail:

info@koelnkannauchanders.de

Internet:

www.koelnkannauchanders.de

Der Kölner Publizist Werner Rügemer befasst sich seit langem mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums und dessen Folgen. Vor dem Hintergrund der Haushaltskrise hat der KölnAgenda e.V. ihn zu einem Gastbeitrag eingeladen:

Die Folgen der Investoren-Gläubigkeit in Köln

Kostenfalle Privatisierung

Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts begann die Selbstentmachtung der „Volksparteien“, auch in Köln. Angesichts der Verschuldung in Staat und Kommunen, die noch ungleich geringer war als heute, erhoffte man sich die Rettung durch Investoren. Doch das vorrangige Setzen auf Privatisierung von städtischen Großprojekten hat ein eindeutiges Ergebnis: Die Verschuldung ist noch höher; die Gestaltungsfähigkeit der Kommunen nimmt ab.

Geschäft mit dem Müll

Mit der Müllverbrennungsanlage (MVA) begann es. Verbrennen von möglichst viel Abfall statt die Entstehung von Abfall zu vermeiden, und das Verbrennen in privater Regie: damit setzten sich die Investoren gegen die damals noch starke Umweltbewegung durch. In Köln wie in vielen anderen Städten war dies der Energiekonzern RWE im Verbund mit der Westdeutschen Landesbank (WestLB) und dem Baukonzern Steinmüller. Gegen ein Bürgerbegehren wurde 1996 das Milliardenprojekt durchgepeitscht. Zudem stellte sich nachträglich heraus, dass 10 Millionen Euro Schmiergeld geflossen waren und die MVA wesentlich größer gebaut wurde als ursprünglich beschlossen worden war. Die Stadt hat zwar die meisten Anteile an der Abfallentsorgungsgesellschaft AVG und Ratspolitiker sitzen im Aufsichtsrat; aber die teure Kumpanei besteht auch nach dem „Kölner Müllskandal“ weiter. 2004 hieß es im Urteil des Kölner Landgerichts, dass der AVG ein Schadensersatz von mindestens 20 Millionen Euro zustehe; doch selbst diese geringe Summe wurde den Investoren nicht abgefordert. Die Anlage belastet zwar nicht den städtischen Haushalt, aber die Abfallgebühren steigen und steigen und werden von den Bürgern direkt bezahlt. Der europaweite Mülltourismus blüht und die langfristigen Kosten und Folgen für die Entsorgung der giftigen Verbrennungsabfälle werden verheimlicht.

Staffelmiete für das Technische Rathaus

1998 war das zweite große Privatisierungsprojekt fertig: KölnArena (heute Lanxess-Arena) mit dem Technischen Rathaus Deutz. Der Investor Esch – Oppenheim vermietet das Rathaus bis 2028 an die Stadt und

betreibt die Veranstaltungshalle selbst. Dabei stellen die ungewöhnlich hohen Kosten der Stadt für das Rathaus eine Subvention für die von Esch-Oppenheim betriebene Halle dar. Dazu tragen die jährlich steigende Staffelmiete, die Garantie für die Parkplatzmieten, die Vorleistungen (billiges Grundstück, Verkehrsanbindung) und vor allem die Regelung bei, dass der Investor nur für „Dach und Fach“ zuständig ist: Im Unterschied zu sonstigen Mietverträgen ist Esch-Oppenheim nur für Fundamente, tragende Wände und Dach verantwortlich, während der Mieter die Kosten für die technische Infrastruktur trägt – sie kommen zur Miete hinzu.

Teures „Rundum-sorglos-Paket“

Glücklicherweise kam 2003 der von CDU/FDP und der Bank Oppenheim vorbereitete Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaften GAG und Grubo mit 40.000 Wohnungen an eine der üblichen US-„Heuschrecken“ nicht zustande. Seitdem aber lässt sich die Stadt auf eine neue Form der Privatisierung ein: Public Private Partnership (PPP). Die aus der Stadtverwaltung ausgegliederte Gebäudemanagement GmbH schloss mit dem Investor Hochtief AG mehrere PPP-Verträge: So übernimmt der Baukonzern für 8 Schulkomplexe alle Aufgaben vom Planen des Baus bzw. der Sanierung über das Betreiben bis zur Finanzierung und bekommt dafür wie beim Technischen Rathaus 25 Jahre lang Mieten. Sie sollen insgesamt etwa 250 Millionen Euro betragen. Alle Erfahrungen zeigen: Die Investoren lassen sich das „Rundum-sorglos-Paket“ PPP teuer bezahlen. Nachforderungen sind häufig. Eine Riege von Beratern – Wirtschaftsprüfer, Anwaltskanzleien, Steuerberater, Gutachter – ver-



Die LanxessArena wird über das Stadthaus subventioniert

dient mit, neben dem Investorengewinn gehen hohe „Transaktionskosten“ in die Miete ein.

Skandal Kölner Messehallen

Wie fantastisch „Transaktionskosten“ geraten können, zeigen die neuen Kölner Messehallen. Nach dem „bewährten“ Muster von KölnArena/Rathaus errichtete Esch-Oppenheim die Hallen, die Stadt mietet sie bis 2035 für insgesamt etwa 750 Millionen Euro. Dazu kommen noch wie bei der KölnArena die Zusatzkosten, weil auch hier der Investor nur für „Dach und Fach“ verantwortlich ist. Zu den „Transaktionskosten“ gehören z. B. 19 Millionen Euro an die Bank Oppenheim für die Vermittlung von Anlegern in dem dazugehörigen Immobilienfonds, 5,6 Millionen Provision an die Stadtparkasse Köln, 2,4 Millionen an Steuerberater, an einen Makler 7 Millionen – all dies geht in die Miete ein. Der Europäische Gerichtshof bestätigte 2009: Der Vertrag ist ungültig und

muss rückabgewickelt werden, denn es gab keine öffentliche Ausschreibung. Die Bank Oppenheim ist inzwischen nicht zuletzt wegen solcher Immobilienprojekte pleite bzw. wurde von der Deutschen Bank aufgekauft, die Leitungsmannschaft wurde entlassen. Seit Jahren liegen die Vorschläge für die Rückabwicklung auf dem Tisch: Die Stadt kündigt, lässt den Gebäudewert ermitteln, kauft die Hallen, verrechnet die bisher rechtswidrig gezahlten Mieten und spart etwa 300 bis 400 Millionen Euro im Vergleich zur Erfüllung des Vertrags. Die Stadt hat bisher gezögert, statt sich selbstbewusst auf die eigenen Kräfte zu besinnen. Der Stadtrat hat nun beschlossen, dass der Vertrag gekündigt wird. Die spannende Frage ist aber, ob die Stadt auf die Forderungen der Fondsanleger eingeht: sie wollen ihre zu erwartenden Steuerverluste aus den restlichen 25 Jahren in dreistelliger Millionenhöhe in den Rückkaufpreis einrechnen.

 **Werner Rügemer**

Der Autor

Dr. Werner Rügemer, geb. 1941, seit 1975 in Köln, tätig als Publizist, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln und Berater, untersuchte u.a. in seinem Buch „Colonia Corrupta“ Klüngel und Korruption sowie Auswirkungen von Globalisierung und Privatisierung in Köln
Buchveröffentlichungen u.a.:
Cross-Border-Leasing 2004
Privatisierung in Deutschland 2006
Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim 2006
»Heuschrecken« im öffentlichen Raum: Public Private Partnership - Anatomie eines globalen Finanzinstruments 2008
ArbeitsUnrecht. Anklage und Alternativen, 2009
Colonia Corrupta, 6. Auflage, 2010



Zwischen Haushaltsdefizit und Bürgerbegehren

Der zweite Kölner Bürgerhaushalt

Der zweite Kölner Bürgerhaushalt fand im Herbst 2009 statt. Der Ablauf war ähnlich dem ersten erfolgreichen Verfahren gestaltet. Die BürgerInnen konnten Spar- und Ausgabenvorschläge auf der Internetplattform machen und diese direkt oder bis zum 20. Dezember kommentieren und bewerten.

Thema Kultur fallengelassen

Dieses Mal standen die Themen „Schule/Bildung“ und „Umweltschutz“ zur Diskussion. Das Thema „Kultur“ war entgegen der Planung von 2007 ausgeklammert worden. Es zeigte sich, dass die Kölner Bürger dem nur zum Teil folgten, denn das Bürgerbegehren zum Opernquartier hat ein wichtiges Thema aus dem Kulturbereich wieder in den Focus der Stadtgesellschaft gestellt und den Wunsch nach Beteiligung in den gesetzlich vorgegebenen Formen an wesentlichen politischen Entscheidungen Realität werden lassen. Mit Sicherheit hätte das Thema „Kultur“ eine sehr breite und kontroverse Form im Bürgerhaushalt gehabt, so bekamen aber die anderen Themen mehr Raum.

Von den 1254 Vorschlägen sind 393 zum Thema „Umweltschutz“, 396 zu „Schule/Bildung“ und 465 zu ganz anderen Themen eingegangen. Hier wird deutlich, dass die Teilnehmer sich in der Mehrheit zwar an die vorgegebenen Themen halten, jedoch darüber hinaus auch Vorschläge zu anderen Bereichen machen, die ihnen besonders wichtig erscheinen.

Daraus lässt sich schließen und fordern, dass neben dem Bürgerhaushalt weitere einfache und niederschwellige Verfahren gesucht und angeboten werden sollten, die es dem Bürger ermöglichen, seine Ideen und Vorschläge bei Politik und Verwaltung einzubringen.

Transparenz verbessern

Die Ergebnisse des ersten Bürgerhaushaltes wurden von den politischen Gremien behandelt und zur Umsetzung verabschiedet. Dies ist bei kleineren Projekten schon erfolgt. Erst durch diesen letzten Schritt ist das gesamte Verfahren abgeschlossen und Glaubwürdigkeit sowie tatsächliche Partizipation erreicht.

Die Ergebnisse des zweiten Verfahrens liegen nun wie der gesamte Doppelhaushalt in den Gremien zur Entscheidung vor. Der Bürger kann die Stellungnahmen der Verwaltung und die ersten Entscheidungen schon im Internet nachlesen. Dies ist ein großer Schritt zu mehr Transparenz. Noch besser wäre es jedoch, wenn die Kommentierung schon vor der Entscheidung in dieser Form veröffentlicht würde. Damit hätte der Bürger z.B. bei Ablehnung von Vorschlägen die Möglichkeit, sich



durch Engagement bei den Mandatsträgern für die Sache erneut einzusetzen.

Die Rolle von Sparvorschlägen

Schon vor dem zweiten Verfahren war klar, dass im Gegensatz zum ersten keine zusätzlichen Gelder bereit gestellt werden würden. So ist der Bürgerhaushalt keine Methode für zusätzliche Planungen, sondern ein Mittel, um das alltägliche Geschäft von Politik und Verwaltung zu beeinflussen.

Turnusmäßig steht im Herbst 2011 der dritte Bürgerhaushalt an. Es spricht für die hohe Qualität des Kölner Systems, dass es von Beginn an als wiederholbares und implementiertes, d.h. in den regulären Ablauf der Haushaltsaufstellung eingebundenes Verfahren, gestaltet worden ist. Auch sind von Anfang an Ausgaben- und Sparvorschläge vorgesehen worden. In Zeiten leerer Kassen sollte dies so beibehalten werden, denn auch wenn keine zusätzlichen Mittel da sind, ist das Verfahren gleichwohl gut dazu geeignet, eine Lobbyschaft von 10.000 BürgerInnen zu ermöglichen, die mit ihrem Sachverstand ihre Stadt verbessern können. Ergänzt werden könnte das Verfahren z.B. durch die Eröffnung der Möglichkeit

für BürgerInnen, konkrete Stellungnahmen zu einer Liste von Sparvorschlägen abzugeben, die von Politik oder Verwaltung erstellt worden ist. Eigene Sparvorschläge waren schon in bisherigen Verfahren möglich. So waren schon im ersten Bürgerhaushalt 16 % der getätigten Eingaben Sparvorschläge. Die Diskussion um Sparmaßnahmen sollte eine Ergänzung zum bisherigen Bürgerhaushalt sein und darf ihn auf keinen Fall ersetzen. Die Stadt Solingen hat z.B. in ihrem Bürgerhaushalt den Bürgern 28 Sparvorschläge unterbreitet und zur Diskussion gestellt. Eine solche Liste für Köln müsste auf jeden Fall auch Großprojekte wie den Godorfer Hafen beinhalten. Nur dann ist die Stadtverwaltung und Politik gegenüber den Bürgern glaubwürdig. Denn ein Teil der Kölner Probleme sind hausgemacht und die BürgerInnen haben Stichworte wie U-Bahn- und Messebau sehr wohl noch im Kopf und bei diesen Entscheidungen wurden sie nicht konsultiert.

 Hille Lammers

Quellen:
www.stadt-koeln.de/1/stadtfinanzen/buergerhaushalt
sehr empfehlenswert:
www.buergerhaushalt.org/tag/koeln
unter Material → Kategorie Filmmaterial/Videos → Film zum Bürgerhaushalt Köln 2008

Anzeige



stattreisen → köln e.V.

Stadtführungen abseits üblicher Touristenpfade

Offenes Stadtführungsprogramm

Individuell buchbare Gruppenführungen

Kinderführungen und Schulführungen

Stadtspiel, Führungen per Fahrrad

tel 02 21 / 73 25 113

info 0221 / 73 80 95

fax 0221 / 73 25 302

www.stattreisen-koeln.de

info@stattreisen-koeln.de

Bürgerstrasse 4

50667 Köln

Geschlechtergerechte Stadtpolitik

Genderperspektiven im zweiten Kölner Bürgerhaushalt

Es ist Konsens, dass ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis Voraussetzung ist für ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Dabei geht es nicht nur um Frauen und Männer, sondern ebenso um die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen.

Langfristige Weichenstellung

Bürgerhaushalt und Gender Budgeting sind in verschiedenen Ländern des Südens etwa ab 1985 fast gleichzeitig entwickelt und eingesetzt worden. Unabhängig voneinander verfolgen beide Projekte das Ziel, öffentliche Finanzen in den Dienst von Gemeinwohl und sozialer Gerechtigkeit zu stellen. In den letzten Jahren wächst in Nord und Süd das Interesse daran, Elemente der beiden Verfahren zu verknüpfen, um die Ergebnisse zu optimieren.

Im Vorlauf zum zweiten Kölner Bürgerhaushalt hat die Stadt Köln ein Symposium durchgeführt zum Thema Bürgerhaushalt und Gender Budgeting – (wie) geht das zusammen? Vor dem Hintergrund von Erfahrungen in Deutschland und Österreich diskutierte das Seminar über die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, wenn der Kölner Bürgerhaushalt einen Beitrag zu geschlechtersensibler Stadtpolitik leisten soll. Im Vordergrund stand dabei die Notwendigkeit, umfassendes Datenmaterial zur Verfügung zu stellen. (Download der Dokumentation: <http://www.buergerwissen.de/pdf/2009-gender-bhh-bericht-web.pdf>)

Schwerpunkt Schule/Bildung im zweiten Kölner Bürgerhaushalt

Bisher ist nicht bekannt, warum der Bildungsvorsprung von Frauen ständig wächst, obwohl das männliche Geschlecht aus öffentlichen Kassen beträchtliche Sonder-

förderung erhält. Ebenso unerklärlich ist die Tatsache, dass die ‚Bildungsrendite‘ der Frauen, d.h. der ökonomische Ertrag von Bildung und Ausbildung, auf allen Qualifikationsstufen sinkt.

Eine gleichgewichtige Bildungsleistung von Männern und Frauen wird von der EU gefordert und von der Wirtschaft erwartet. Dasselbe gilt für die Umsetzbarkeit der im Bildungswesen erworbenen Qualifizierung, zumal in immer mehr Familien Frauen die Hauptverdienerinnen sind. Reale Gleichstellung jenseits formaler Chancengleichheit von Männern und Frauen ist Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Miteinander der Generationen.

Das FrauenForum KölnAgenda konzentrierte seine Vorschläge auf das Thema Schule. Mehrere Einträge fragten nach kölnspezifischen Daten zur aufgezeigten Problematik. Wie ist die Situation in Köln? Wie kann ohne zusätzlichen Aufwand das weitere Zurückbleiben der männlichen Jugend verhindert werden? Die Vorschläge forderten aussagefähiges Daten- und Informationsmaterial und geschlechtersensible pädagogische Konzepte. Es ist unabdingbar, dass der demnächst erscheinende Kölner Bildungsbericht detaillierte Auskunft gibt!

Bemerkenswert war der Online-Kommentar eines Mitglieds des Kölner Väterforums, der vorschlug, Konzepte zur Gleichstellung sollten zukünftig von Frauen und Männern gemeinsam erarbeitet werden.

 Elisabeth Stiefel

In enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen befasst sich das Frauenforum KölnAgenda seit vielen Jahren mit Gender Mainstreaming und Gender Budgeting. Bereits 2004 hat die Gruppe eine Studie zum Zuschussbedarf für die jeweils von Männern und Frauen genutzten Angebote von Stadtbibliothek und Volkshochschule vorgelegt. Im Anschluss daran arbeitete sie zur Geschlechterdimension der Offenen Ganztagschule, bis der Kölner Bürgerhaushalt in den Fokus rückte.

Kontakt:

Frauenforum KölnAgenda

Maria Grote

Tel.: 02 21-5 50 42 43

E-Mail:

Maria.Grote@koelnagenda.de

Bewahren, gestalten, verbinden – immer noch gut für Köln

Fünf Jahre Bürgerstiftung Köln

Als die Initiatoren der Bürgerstiftung Köln 2004 im Agenda Journal ankündigten „Bürgerstiftung, die Freiheit nehmen wir uns!“ war dieser selbstbewusste Spruch stark von Hoffnungen und Wünschen geprägt. Heute schauen die Stifter schon auf eine fünfjährige Erfolgsgeschichte zurück.

Erster Projektwettbewerb 2006

Am 17.06.2005 wurde die Bürgerstiftung Köln von 50 Kölner Bürgern gegründet. Das Stiftungskapital wurde inzwischen verdoppelt und ein gutes Dutzend Projekte in Köln konnte durch die Bürgerstiftung unterstützt werden.

Den Start gab der erste Projektwettbewerb 2006, bei dem acht Projekte mit insgesamt 14.500 € gefördert wurden. Das Hauptthema aller Projekte war Integration. Dies umfasste die Förderung von MigrantInnen aber auch von generationenübergreifenden Projekten oder solche mit Arbeits- und Obdachlosen. Auf der neu gestalteten Website der Bürgerstiftung www.buergerstiftung-koeln.de sind die Projekte beschrieben.

Jubiläumsfeier mit Brigitte Kraus

Mit der Feier „Fünf Jahre und einTag Bürgerstiftung Köln“ am 18.06.2010 wurde Rückschau auf die ersten fünf Jahre genommen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Preisträger des aktuellen Projektwettbewerbs „Integration durch Sport“ geehrt. Die mehrfache deutsche Leichtathletikmeisterin Brigitte Kraus übergab den symbolischen Scheck in Höhe von 2.500 € an das Projekt „Straßenfußball durch Toleranz“ des schwul-lesbischen Sportvereins „SC Janus“ und 2000 € an die Stadtteilwerkstatt „Canyon Chorweiler“ für ihre Arbeit mit Hauptschülern aus dem Umfeld von Chorweiler.

Projekt „Eselsohr outdoor“ gestartet

Aktuell ist das Projekt „Eselsohr“, bei dem offene Bücherschränke für jedermann zugänglich in der Stadt aufgestellt werden, ein Schwerpunkt. Nachdem bereits Bücherregale an verschiedenen Standorten als Indoor-Variante des Projektes aufgestellt wurden, steht nun



Brigitte Kraus übergibt den Scheck an den Sportverein „SC Janus“

am Goltsteinforum in Bayenthal der erste Schrank im öffentlichen Straßenraum. Bücher können dort durch jedermann befüllt aber auch entnommen werden. Zum Aktionstag der Deutschen Bürgerstiftungen wurde am 16.06.2010 ein Fotoshooting von Bücherschränknutzern für eine Plakataktion veranstaltet. Der Schrank in Bayenthal soll nicht der letzte sein. Neben einem weiteren Regal im Dienstleistungszentrum der Sparkasse KölnBonn in Ossendorf sind weitere öffentliche in Sürth, Weiß und im Rheinauhafen geplant.

Zustifter, ehrenamtliche Mitmacher und Interessenten für die Arbeit der Stiftung finden die notwendigen Informationen auf der Internetseite.

 **Dr. Ludwig Arentz**

Kontakt:

Bürgerstiftung Köln
Frau Dr. Ulrike Wehling
Tel. 02 28 606-5 21 47
Ulrike.Wehling@buergerstiftung-koeln.de
www.buergerstiftung-koeln.de

Ein Instrument zur Gestaltung von Zukunft

Nachhaltigkeitsindikatoren

Ein 500-Millionen-Loch im Kölner Haushalt wird auf Jahre die Kölner Kommunalpolitik dramatisch belasten. Wo können Einsparungen verkraftet werden, wo sind Investitionen verzichtbar? Wo können Gebühren und Abgaben erhöht, wo können Zuschüsse reduziert werden? Wo können Aufgaben und Leistungen gestrichen werden? Was sind die Ziele und Maßstäbe, an denen sich Verwaltung und Rat orientieren sollen?

Leitbild Köln richtungsweisend

Leitbild

Köln 2020

Im Leitbild Köln 2020 ist dazu einiges nachzulesen. Doch vieles musste dort sehr allgemein gehalten werden. Die dort formulierten Ziele sind für das sogenannte „operative“ kommunale Handeln zwar hilfreich, aber noch zu wenig handlungsorientiert.

Die Aussage des Leitbilds bleibt da eher grundsätzlich: „Köln verpflichtet sich dem Nachhaltigkeitsprinzip und verfolgt die Entwicklungsziele für die Stadt unter Berücksichtigung der sozialen Gerechtigkeit, ökonomischer Effizienz und ökologischer Verträglichkeit.“ Deshalb ist die Erkenntnis wichtig: „Um die gesteckten Ziele zu erreichen, sind durch die neu eingerichteten Arbeitsgruppen für die fünf Handlungsfelder Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung zu entwickeln und Indikatoren zur Erfolgskontrolle zu erarbeiten.“

Die Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren ist genau die richtige Antwort auf die Frage, nach welchen Kriterien – qualitativ und quantitativ – Köln zukünftig und nachhaltig gesteuert werden soll.

Leitbildgruppe entwickelt Indikatorenset

Seit 2009 gibt es deshalb eine neue Leitbildgruppe „Nachhaltigkeitsindikatoren“. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, ein auf die lokalen Erfordernisse der Stadt Köln abgestimmtes Indikatoren-Set zu erarbeiten.

Wichtige Quellen für Nachhaltigkeits-Indikatoren-Sets sind u.a. die Nachhaltigkeitsberichte der Städte Heidelberg und Bonn, der Ansatz des Zukunftsrats von Hamburg (HEINTZ), aber auch des Bundesinstitut für Bau- und Raumordnung oder die Sozialindikatoren der LMU von Baden-Württemberg.

In dem Kölner Indikatoren-Set wird in den fünf Handlungsfeldern des „Leitbilds Köln 2020“ und einem Handlungsfeld „Querschnittsanliegen“ mit jeweils 10 - 15 Fachindikatoren die Kölner Kommunalpolitik widergespiegelt. Insgesamt kommt das Indikatoren-Set auf 84 Einzelindikatoren.

Einleitend gibt es die Querschnittsanliegen des Handlungsfelds **A**, wie Chancengleichheit der Geschlechter, Partizipation, Integration, Barrierefreiheit, globale Partnerschaft und außerdem 14 Umweltindikatoren.

Danach folgen die fünf Handlungsfelder des Leitbilds:

- B** Die moderne Stadtgesellschaft (Soziales, Gesundheit, Wohnen)
- C** Die attraktive Stadtgestaltung (Stadtentwicklung, Mobilität)
- D** Die aufgeschlossene Wissensgesellschaft/Bildung
- E** Die dynamische Wirtschaftsmetropole
- F** Der lebendige Kulturstandort

Wichtig für die Auswahl der Indikatoren sind:

- Informationsgehalt und Aussagekraft
- der Nachhaltigkeitsbezug
- die Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Vermittelbarkeit
- die kontinuierliche Datenbasis und die Verfügbarkeit der Daten und
- die kommunale Umsetzbarkeit.

Es geht also nicht darum, möglichst viele Daten und Statistiken anzuhäufen, sondern dass alle Indikatoren mit entsprechenden Zielvorstellungen korrespondieren. Das führt beispielsweise zu folgenden konkreten Fragen: Was will bzw. kann die Stadt Köln in einem begrenzten Zeitraum tun, um einen Rückgang der Bildungsabbrüche zu verzeichnen? Oder welche Maßnahmen sollen Gesundheitsverwaltung und Schulen zusammen mit

Eltern ergreifen, um die Zahl übergewichtiger Kinder zu reduzieren? Wie kann die Lärmbelastung in den besonders belasteten Wohngebieten reduziert werden? Wie soll sich der Anteil von Frauen in städtischen Leitungspositionen entwickeln? Soll die Zahl der Kölnerinnen und Kölner mit ehrenamtlichem Engagement stärker gefördert werden?



Nachhaltigkeitsbericht in Planung

Dazu will die Leitbildgruppe Rat und Verwaltung einen Nachhaltigkeitsbericht vorschlagen, der auf der Grundlage der Indikatoren in einem überschaubaren Zeitraum von ca. 3 - 5 Jahren einen Entwicklungsverlauf und Maßnahmen und Konzepte für eine positive Steuerung aufzeigt. Mithilfe einer Ampel von Grün bis Rot soll sichtbar werden, wohin sich der Trend bewegt:

In Richtung auf

- deutliche Verbesserung
- Verbesserung
- Keine Veränderung
- Verschlechterung
- Deutliche Verschlechterung

Dieser Bericht soll zunächst von der Verwaltung erstellt werden. Damit dies kein reiner Verwaltungsbe-

richt wird, ist eine Art Bürgermonitoring vorgesehen. In einem zweiten Teil des Berichts können dann insbesondere die in den Leitbildgruppen aktiven Kölner Bürgerinnen und Bürger ihre Bewertung zu dem Entwicklungsverlauf von entsprechenden Handlungsfeldern und Indikatoren abgeben.

Wichtig ist aber gleichzeitig auch eine kontinuierliche und professionelle Betreuung der Nachhaltigkeitsindikatoren von Seiten der Verwaltung. Dies bedeutet nicht nur, dass die Verwaltung das Indikatoren-Set entsprechend ihrer fachlichen Kompetenz optimiert und daraus ein zentrales Instrument für effizientes kommunales Handeln macht. Es bedeutet auch, dass die einzelnen Fachdienststellen, sprich Dezernate und Ämter, sich organisatorisch und personell auf diese Aufgabe einstellen. Das heißt konkret: In jedem Dezernat muss es einen Ansprechpartner für diese Aufgabe geben.

Mit der Entscheidung des Oberbürgermeisters, das Amt für Stadtentwicklungsplanung und Statistik mit dieser Aufgabe zu betrauen, ist dazu ein erster Schritt gemacht worden.

 **Herbert Bretz**

Anzeige

... macht Kleine stark!

netz NRW e.V. – der Service-Partner für Klein- und Kleinstbetriebe

Mitgliedervorteile, die sich rechnen:
 ... netz-aKKademie.de | FirmenTicket (VRR) | JobTicket (VRS) | Naturstrom
 Seminare & Workshops | Beratungsangebote | Kooperation | Netzwerkmanagement
 Information und Förderung von Kleinunternehmen | Projektentwicklung



netz
Nordrhein-Westfalen

netz NRW-Verbund für Ökologie u. soziales Wirtschaften e.V. · Biegerstr. 22 · 51063 Köln
 Fon (0221) 9130284 · Fax (0221) 9130286 · netz-k@netz-nrw.de · www.netz-nrw.de

Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V.

Bündnis KölnGlobal treibt städtische Eine-Welt-Arbeit voran

Köln auf dem Weg zur Fairen Stadt



Im letzten Jahr stellte die Stadt Köln erstmals Gelder für das Aktionsprogramm zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele bereit und förderte so verschiedene entwicklungspolitische Bildungsprojekte. KölnGlobal, das Bündnis für international engagierte Initiativen, beteiligte sich hier mit der Internetseite www.koelnglobal.de und dem Köln-Global-Tags 2009. Nun soll Köln auch „FairTrade-Stadt“ werden.

Neue Internetseite wird aktiv genutzt

Die neue Internetseite www.koelnglobal.de ist im Oktober 2009 online gegangen und bietet seitdem ein Forum für entwicklungspolitische und interkulturelle Initiativen in ganz Köln: Die Organisationen können sich in ein Verzeichnis eintragen lassen und regelmäßig ihre Veranstaltungen ankündigen. Rund 150 Adressen mit z. T. detaillierten Informationen sind hier schon gelistet. Als besonderen Service bietet die Seite den Initiativen die Möglichkeit, sich mit aktuellen Aktivitäten als „Projekt des Monats“ vorzustellen.

Ein Informationsteil versorgt die Leser/innen mit aktuellen Nachrichten über lokale Entwicklungszusammenarbeit, gibt Hintergrundinformationen zu Themen der Globalisierung und Migration und veröffentlicht Erfahrungsberichte von „Kölner/innen in der Welt“.

Zurzeit betreut ein ehrenamtliches Redaktionsteam die Internetseite. Für die Erstellung eines regelmäßigen Newsletters und zur technischen Weiterentwicklung fehlen allerdings noch die finanziellen Mittel.

Intensiver Austausch auf dem Köln-Global-Tag 2009

Am 7. November 2009 organisierte das Bündnis KölnGlobal gemeinsam mit der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) gGmbH in der Fachhochschule Köln-Deutz seine erste größere Veranstaltung, den Köln-Global-Tag 2009. Hier hielten über 10 Referenten aus verschiedenen deutschen Städten Vorträge über den aktuellen Stand der Millenniumsentwicklungsziele, Themen des Fairen Handels und Eine-Welt-Netzwerke. Mit dabei waren außerdem Gäste aus Mittelamerika, die über ihren Kampf für faire Arbeitsbedingungen im Honduras berichteten. So kam ein

intensiver Austausch zwischen ganz unterschiedlichen Initiativen zustande und die Stadt Köln erhielt weitere Anregungen zur Verbesserung ihrer Eine-Welt-Arbeit.

Höhepunkt der Veranstaltung war eine Podiumsdiskussion zwischen Vertretern aller Parteien des neu gewählten Stadtrats, die zu den Finanzierungsmöglichkeiten des Kölner Aktionsprogramms befragt wurden. Die Bilanz fiel ernüchternd aus: Aufgrund der prekären Haushaltssituation wollten sich die Politiker auf keine konkrete Summe festlegen. Dafür stellten sie Maßnahmen in den Vordergrund, die nichts oder nur wenig kosten würden. Hierzu zählten immerhin die Einführung eines fairen und ökologischen Beschaffungswesens, die Umsetzung eines CO₂-Minderungsprogramms und Umstieg auf Umweltstrom im Einzugsbereich der Stadt Köln sowie die Förderung von kleineren Projekten in Schulen.

Zum Abschluss verabschiedeten die Teilnehmer einen „Köln Global Appell“ mit 11 Forderungen an die Stadt Köln für 2010. Darin forderten sie unter anderem, die Finanzierung aller Maßnahmen des Kölner MDG-Aktionsprogramms zu sichern und hierfür mindestens 250.000 € jährlich bereit zu stellen. Desweiteren riefen sie die Stadt Köln dazu auf, ein Eine-Welt-Netzwerk zur Stärkung von globalen Partnerschaften zu gründen, wie es z.B. in Düsseldorf und Stuttgart schon existiert. Hierzu plant die Stadt Köln nun am 29. November 2010 eine Gründungsveranstaltung, s. Artikel „Eine Welt in Köln – Köln in der Einen Welt“ auf S. 26.

Kölner Schulen für Nachhaltigkeit

Auf Anregung von KölnGlobal initiierte die Stadt Köln im September 2009 einen Ideenwettbewerb für Kölner Schulen zu den Millenniumsentwicklungszielen „Kölner



Podiumsdiskussion auf dem Köln-Global-Tag 2009: Michael Weisenstein (LINKE), Hans Werner Bartsch (CDU), Monika Hoegen (Moderatorin), Susanna Dos Santos (SPD), Jörg Frank (GRÜNE), Dr. Rolf Albach (FDP) (v.l.n.r.)

Schulen für nachhaltige Entwicklung“. Hierfür bewarben sich insgesamt 21 Schulen mit einer erstaunlichen Vielfalt an Projekten. Am 25. Februar 2010 zeichnete die Stadt Köln alle teilnehmenden Schulen für ihr Engagement aus und prämierte sie mit einem Preisgeld von mindestens 1.000 Euro. Der mit 3.000 Euro dotierte erste Platz ging an die Gemeinschaftsgrundschule Irisweg für ihre innovativen und breit gefächerten Aktivitäten sowie ihre langjährige Schulpartnerschaft mit der Dar Al-Kalima Schule in Kölns Partnerstadt Bethlehem. Die beiden zweiten Plätze mit je 2.000 Euro bekamen das Berufskolleg an der Lindenstraße für die Organisation eines „Aktionstags Afrika“ und das Berufskolleg Werner-von-Siemens-Schule für die Förderung eines Solarprojekts.

FairTrade-Stadt Köln

Das Bündnis KölnGlobal plant als nächstes Projekt gemeinsam mit TransFair e.V. die Stadt Köln zur FairTradeTown zu machen. Köln hat hierfür schon gute Voraussetzungen, u. a. den Ratsbeschluss zur Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien. Eine Steuerungsgruppe bestehend aus Vertretern der städtischen Verwaltung, des Handels, der Eine-Welt-Gruppen, Kirchen und Schulen ist im Aufbau. Im Rahmen der bundesweiten Fairen Woche

wird am 17. September 2010 eine erste gemeinsame Veranstaltung von TransFair und KölnGlobal stattfinden. Neben dem Oberbürgermeister sind vier alternative Nobelpreisträger aus Afrika und Südamerika eingeladen und auf einem „Markt der Möglichkeiten“ werden sich entwicklungspolitische Initiativen vorstellen.

„Cologne Watch“ geplant

Wie bei vielen anderen sozialen Projekten ist auch die nachhaltige Finanzierung des Kölner MDG-Aktionsprogramms keinesfalls gesichert. KölnGlobal wird sich weiterhin dafür engagieren, dass die nötigen Gelder dafür bereitgestellt werden, die geplanten Maßnahmen begleiten und mit Hilfe von entsprechenden Nachhaltigkeitsindikatoren kritisch beobachten. Vorrangig will sich das Bündnis dafür einsetzen, dass die Faire Beschaffung, die Einführung eines Nachhaltigkeitsberichtswesens, der Umstieg auf Umweltstrom und Interkulturelle Bildung über VHS und das neue Völkerkundemuseum auch wirklich umgesetzt werden. Hierzu ist eine „Cologne Watch“ Arbeitsgruppe in Planung. Mitstreiter/innen sind herzlich willkommen!

 Sonja Merch

Kontakt:

KölnGlobal –
Bündnis für Solidarität und Dialog
c/o Allerwelthaus
Körnerstr. 77-79
50823 Köln
Anne Walkenbach
Tel.: 02 21-5 10 30 02
E-mail: redaktion@koelnglobal.de
Internet: www.koelnglobal.de

Förderung von Afrikaprojekten

Auch in diesem Jahr fördert die Stadt Köln wieder entwicklungspolitische Bildungsprojekte, diesmal mit dem Schwerpunkt „Afrika in Köln“. Förderfähig sind laufende oder geplante Vorhaben, die einen eindeutigen Afrika-Bezug haben, die Bewusstseinsbildung zu den acht Millenniumsentwicklungszielen (MDG) der Vereinten Nationen ermöglichen und deren Umsetzungsmöglichkeiten fördern.

Bewerbungsfrist ist der 16. September 2010.

Weitere Informationen und Unterlagen erhalten Sie bei

Frau Songül Batmaz, Stadt Köln,

Tel: 0221-221 - 260 35,

E-Mail: songuel.batmaz@stadt-koeln.de

Netzwerk zur Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele geplant

Eine Welt in Köln – Köln in der Einen Welt

Der Rat der Stadt Köln... anerkennt, dass die ehrgeizigen Zielsetzungen der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen schwerlich zu erreichen sein werden, wenn nicht ein breites unterstützendes Bündnis der Kommunen und Bürger und Bürgerinnen in den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen entsteht... (Millenniums-Erklärung der Stadt Köln vom 08. November 2007)

Die Millenniumsentwicklungsziele – eine Herausforderung

Immer noch erschütternde Realität: Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit leben in Armut, Hunger, Krankheit, Ungerechtigkeit, Angst und Unsicherheit. Das große Versprechen: Die Staats- und Regierungschefs von 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben im Jahr 2000 die sogenannten „Millenniumsentwicklungsziele“ beschlossen. Sie markieren den wichtigsten und weitestgehenden Konsens zur Bekämpfung von Elend und Not, den es in der Geschichte der Vereinten Nationen je gab.

Köln stellt sich internationaler Verantwortung

Die Reaktion in Köln: Auf Initiative des Bündnis Köln-Global hat der Rat der Stadt Köln mit seinen Beschlüssen vom 07. November 2007 und vom 18. Dezember 2008 die Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele auf die kommunale Agenda gesetzt. Denn nicht nur Staatsregierungen, auch Kommunen und Nichtregierungsorganisationen stehen in der Verantwortung, diese Ziele umzusetzen.¹

In Köln wird schon viel getan: Mit großem Engagement setzen sich Bürgerinnen und Bürger in den unterschiedlichsten Formen für die Themen der Millenniumsentwicklungsziele ein. Mehr als 300 entwicklungs-politische Organisationen und Initiativen, viele Aktionen auch von Unternehmen, Kölner Institutionen oder Einzelpersonen

zeigen: Die Kölnerinnen und Kölner sind solidarisch. Sie sind sensibel, verantwortungsbereit und auch kompetent, wenn es um Not und Armut in der Welt geht.

Netzwerkgründung im November

Teil des Ratsbeschlusses von 2008 ist darum auch die Gründung eines Netzwerkes, das „die vielfältigen entwicklungspolitischen Initiativen und Aktivitäten in Köln miteinander vernetzen und öffentlich besser zur Geltung bringen soll.“ Dieses Netzwerk, das die Stadt Köln am 29. November 2010 zusammen mit möglichst vielen Akteuren aus ganz unterschiedlichen Bereichen gründen will, soll über Synergie-Effekte, neue Kontakte und Erfahrungsaustausch die entwicklungspolitische Arbeit in Köln stärken. So soll ein Kölner Bündnis zur Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele, ein Bündnis für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung weltweit, geschaffen werden

Neben einem Impulsreferat soll es am 29.11.2010 Interviews mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen geben. Anschließend können sich alle interessierte Bürgerinnen und Bürger in einem „Open-Space-Workshop“ kennenlernen und sich zu ihren Interessenschwerpunkten und weiteren Plänen austauschen.

Das Versprechen mit Leben füllen

In diesem Monat treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in New York, um das Versprechen aus dem Jahr 2000 zu erneuern und nach weiteren Wegen zu suchen, es einzuhalten. „Let us meet in September to keep the promise“, so forderte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Die Kölner Antwort heißt: „We meet in November to implement the promise.“

 Johanna Pulheim

Kontakt:

Stadt Köln - Der Oberbürgermeister
Amt des Oberbürgermeisters
Internationale Angelegenheiten
Rathaus (Spanischer Bau)
50667 Köln
Tel: 02 21/2 21-2 18 22
Fax: 02 21/2 21-2 18 49
E-Mail:
johanna.pulheim@stadt-koeln.de

¹) Vgl. Resolution 60/1 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 2005.

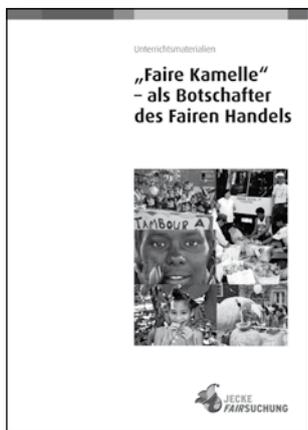
Unterrichtsmappe Faire Kamelle

Botschafter des Fairen Handels

Vor 11 Jahren setzte sich eine kleine Schar Kölner Bürgerinnen und Bürger im Lokale Agenda 21-Themenkreis „Köln in globaler Partnerschaft“ zusammen und ließ die Köpfe qualmen: Wie kriegt man bloß so etwas Abstraktes wie „Globale Partnerschaft“ in eine konkrete, öffentlichkeitsschaffende, bunte und dennoch bürgernahe Aktion umgesetzt? Die zündende Idee: Wir wäre es denn, beim Karneval fair gehandelte Kamelle zu werfen?

Von der Kampagne zum Verein

Schon bald hatte die Idee auch in anderen rheinischen Städten Freunde gefunden. Bereits im Jahr 2001 ist die Jecke Fairsuchung als landesweite Kampagne in NRW gestartet. Mit wachsendem Erfolg wirbt sie seitdem für Faire Kamelle und hat so eine neue Marke im Sortiment von Karnevalssüßigkeiten geschaffen. Fair gehandelte Produkte fest im Karneval zu verankern, über den Fairen Handel zu informieren und einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in der Welt zu schaffen, das sind auch die Ziele des gleichnamigen Vereins „Jecke Fairsuchung e.V.“



Unterrichtsmappe für Schulen

Seit 2010 bietet der Verein – gefördert durch In-WEnt – eine Unterrichtsmappe für Schulen an. Als Loseblatt-Sammlung angelegt, bietet die Mappe auf 36 Seiten – gegliedert in 10 Kapitel wissenswertes und didaktisches zum Werdegang der „Fairen Kamellen“ vom produzierenden Bauern über die „Fair-Handels-Importeure“ bis zur „Ladentheke für Kamellekäufer“. Im Vorfeld wird über Lehrplanbezüge, den Rheinischen Karneval und die Geschichte der Kampagne „Jecke Fairsuchung“ informiert. Auch die Themen Brauchtum und Überflusgesellschaft werden kurz angeschnitten.

Das Angebot richtet sich an weiterführende Schulen (Klasse 5 –10) für die Fächer Sozialkunde, Politik, Geographie, Wirtschaft und Religion.

 **Stefan Kreutzberger und Roland Pareik**

Kontakt:

Jecke Fairsuchung e.V.
c/o KölnAgenda e.V.
Kartäusergasse 9-11
50678 Köln
www.jeckefairsuchung.org
Tel. 02 21/33 10 887

Die Zukunft ist Jeck und fair

Jecke Fairsuchung e.V sucht Beisitzer/innen

Sie wollen die Zukunft des Rheinischen Karnevals maßgeblich mitgestalten ohne gleich eine Karriere beim Festkomitee Kölner Karneval anzusteuern? Dann kommen Sie doch zum Verein Jecke Fairsuchung e.V. Wir sind ein aufgeschlossenes, interdisziplinäres Team und bieten Ihnen gute Kontakte sowie die Möglichkeit, mit ihrem Engagement Toleranz, Offenheit und Spaß im Karneval mit der Förderung des Fairen Handels zu verbinden

Als Beisitzer sollten Sie einen Zeitaufwand von 30-50 Stunden pro Jahr (1 Stunde pro Woche) einkalkulieren sowie Interesse am Karneval und dem Fairen Handel mitbringen.



**Ehemaliges Vorstandsmitglied verstarb
am 10. März 2010 nach langer Krankheit**

Illo Graff gestorben



Es ist ihm schwer gefallen, sich angesichts seiner zunehmenden Erkrankung aus der aktiven Mitarbeit zurückzuziehen, denn die KölnAgenda und das Ziel einer nachhaltigen und bürgernahen Entwicklung der Stadt Köln lagen Illo Graff sehr am Herzen.

Geboren am 10. August 1936, hat Winfried-Illo Graff nach seinem Studium in Köln und Paris als Redakteur in verschiedenen Abteilungen bei der Deutschen Welle gearbeitet. Achtzehn Jahre lang hatte er dort das Internationale Rundfunkzentrum geleitet, verbrachte als Dozent und Seminarleiter vier Jahre in Afrika, Nahost, Asien und Lateinamerika. Als Anerkennung für sein erfolgreiches Engagement hat er 1991 das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten.

Mit Blick auf sein Berufsleben war es für Illo Graff naheliegend, im Rahmen des Kölner Agendaprozesses zunächst beim Themenkreis „Köln in globaler Part-

nerschaft“ mitzuwirken.

Schnell war klar, dass auch seine Medienerfahrung gefragt war. Als Mitglied des Agenda-AK Öffentlichkeit (1998-2002) hat er u. a. den Radiotalk „Von Rio an den Rhein“ mit 30 Beiträgen beim Lokalfunk von Radio Köln begleitet. Von 2001 bis 2003 war er Beisitzer im Vorstand des KölnAgenda e.V. und hat auch im Anschluss bei Mitgliederversammlungen vehement für mehr Öffentlichkeitsarbeit geworben.
www.koelnagenda.de/radio

Bedingt durch seine angeschlagene Gesundheit hat er sich nur mit großem Bedauern aus seiner ehrenamtlichen Tätigkeit zurückgezogen. Am 10. März 2010, zwölf Jahre nach dem Kölner Ratsbeschluss zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 für Köln ist Illo Graff auf seine letzte große Reise gegangen. Seine Urne wurde auf dem Neuen Friedhof in Köln-Rodenkirchen beigesetzt.

 Roland Pareik

Anzeige

Friedensbildungswerk Köln

Mediation -
Fortbildung, Vorträge
Konfliktbewältigung durch Vermittlung
Seit 18 J. bilden wir Mediatorinnen & Mediatoren nach den Standards des Bundesverband Mediation *BM* aus

Sprachen -
Hocharabisch, Niederländisch,
Polnisch, Russisch oder
Neugriechisch
- als Bildungsurlaub anerkannt

weitere Infos & Termine:
www.friedensbildungswerk.de
Kontakt: fbkkoeln@t-online.de

Anzeige



fairschenken


Fachgeschäft für Fairen Handel

Taschen, Keramik, Schmuck, Tücher und vieles andere mehr finden Sie im Weltladen Köln.

Von bunt und exotisch über schlicht und elegant bis nobel und luftig-leicht. Bei uns finden Sie, was Sie suchen.

Schöne Dinge, fair gehandelt. So haben alle etwas davon.

Weltladen Köln, Antoniterstr. 14-16, 50667 Köln
02 21 / 34 68 - 289 www.weltlaeden-koeln.de

Der Verband nachhaltiger Unternehmen

„dasselbe in grün“



Der Verband „dasselbe in grün“ ist ein Zusammenschluss nachhaltiger Unternehmen mit Sitz in Köln. Über sein Internetportal bündelt der Verband die Kompetenzen der Mitgliedsunternehmen zu einer Interessengemeinschaft. Damit schafft er eine Plattform als Grundlage für eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit, die das Ziel hat, die Mitglieder als Einzelunternehmen und als Verbund zielgruppenorientiert darzustellen und deren Inhalte und Interessen zu kommunizieren.

Das Internetportal „www.dasselbe-in-gruen.de“

Die Verbandshomepage ist das Herzstück und die Basis der Öffentlichkeitsarbeit. Das modern gestaltete Portal dient als Wegweiser und Informationsplattform für nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Konsum. Interessierte Verbraucher finden hier Informationen über die Leistungen und die Kontaktdaten der nachhaltigen Unternehmen und können somit alternative Kauf- und Konsumententscheidungen treffen, die den geringst möglichen negativen Einfluss auf nachfolgende Generationen haben. Darüber hinaus bietet die Homepage des Verbandes die Möglichkeit sich anhand einer ausführlichen Linkliste zu den Themen Nachhaltigkeit und nachhaltiger Konsum zu informieren.

Anzeige

eCONATIV

Handel für ökologisches Renovieren



Für Ihre anstehende Renovierung, ob kleinere Renovierungsarbeiten oder ein größeres Sanierungsvorhaben, bieten wir konsequent ökologische Produkte an.

In unserem Sortiment haben wir Lösungen Ihr Vorhaben nach baubiologischen Prinzipien umzusetzen.

Wir beraten Sie gerne!



50678 Köln-Südstadt, Alteburger Str. 66
www.econativ.de Tel. 0221 - 1305180

Veranstaltungen

Auch die Öffentlichkeitswirksamkeit des – noch jungen – Verbandes wird konstant stärker. Im Jahr 2009 präsentierte er auf der ökoRausch die wirtschaftliche Sicht auf das Thema Nachhaltigkeit. Mit der Lesung der erfolgreichen Journalistin und Autorin Tanja Busse („Die Einkaufsrevolution“ und „Die Ernährungsdiktatur“) hat dasselbe in grün zu Beginn des Jahres 2010 eine abendfüllende Veranstaltung geboten, die sich ebenfalls an den Endverbraucher gewandt hat. Für 2010 und 2011 werden weitere Veranstaltungen geplant.

Das Einzugsgebiet

Der Verband arbeitet deutschlandweit. Seit 2009 vernetzen sich hier größtenteils Unternehmen aus dem Raum Köln, Düsseldorf, Bonn. Ab 2010 sind auch Standorte in Berlin, Hamburg und München geplant.

Wer kann dabei sein?

Jedes Unternehmen, das vorwiegend nachhaltige, ökologische und/oder Fair Trade Produkte oder Dienstleistungen anbietet (mehr als 2/3 des Sortiments/Angebots).

Die Mitglieder unterzeichnen eine Absichtserklärung, ihre Nachhaltigkeit jährlich zu erhalten bzw. zu verbessern. Zum Beispiel durch: ökologische Einrichtung, schadstoffarme Firmenfahrzeuge, umweltfreundliche Produktion, faire Geschäftspraxis, Verwendung von Ökostrom, nachhaltiges Banking, ressourcenschonende Büromaterialien, bio- und faire Lebensmittel etc. Ein entsprechender Leitfaden für Nachhaltigkeit im Geschäftsalltag wird vom Verband zur Verfügung gestellt.

 Marcel Hövelmann und Dunja Karabaic

Weitere Informationen

dasselbe in grün e.V. – Verband der nachhaltigen Unternehmen
Neven-DuMont-Str. 1 (L)
50667 Köln
Telefon: 0221 - 399 76 25
info@dasselbe-in-gruen.de
www.dasselbe-in-gruen.de

Nachhaltigkeit an Schulen als Herausforderung

„Schule als Garten“ sehr gefragt – Finanzierung ungewiss

Die im April 2009 beim KölnAgenda e. V. ins Leben gerufene Projektstelle „Schule als Garten“ steht vor einer gewaltigen Aufgabe. Über 100 Schulen wünschen sich Beratung und Unterstützung zu den Themen Schulgärten und Schulfreiflächengestaltung.

Die Umwelt „Mit-Gestalten“

Mit großem Interesse verfolgen die Schüler einer Grundschule das Wachstum der gesetzten Kartoffeln, Kohlrabi und Bohnen. An einer anderen Schule gibt es schon die ersten Ernteerfolge, die auf dem Schulfest zum Verkauf angeboten werden. Sei es bei dem Bau eines „Grünen Klassenzimmers“, der Errichtung eines Weidenbauwerks oder der Teilnahme an Baumpflanzaktionen zum Projekt „Plant-for-the-Planet“, überall sind alle Beteiligten mit Begeisterung dabei und möchten ihre Umwelt „Mit-Gestalten“.

Schüler verbringen mehr Zeit denn je in der Schule und somit gewinnt auch der „Lebensraum Schule“ für sie an Bedeutung. Hierbei spielt das Erleben von Natur auf den sonst oft tristen Schulgeländen in einem städtischen Raum wie Köln eine besondere Rolle.

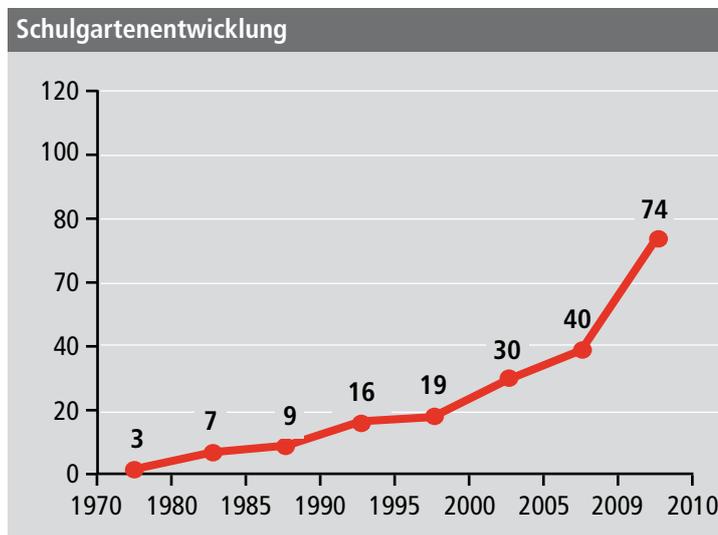
Umfrage an Kölner Schulen

Die Ergebnisse der im April 2009 im Rahmen des Projektes durchgeführten Umfrage an 293 Kölner Schulen

bestätigen diese Sichtweise auch für die Schulen. Bei der durchgeführten Umfrage sind erstmals der Beratungsbedarf und die aktuelle Situation der Schulgärten und Begrünungswünsche der Schulen ermittelt worden. Von den angeschriebenen Schulen antworteten 123 Schulen (42 % aller Kölner Schulen). 101 Schulen (81 % der Antworten) gaben Beratungs- bzw. Unterstützungswünsche an. Beratung zum Thema Schulgärten wünschen 80 Schulen (65 %), zur Schulfreiflächengestaltung meldeten 53 Schulen (43 %) Beratungsbedarf an. Von den befragten Schulen verfügen bereits 74 Schulen über einen Schulgarten, weitere 31 sollen dazu kommen (s. Grafik).

Bemerkenswert ist hier besonders, dass die Anzahl der Schulgärten von 1970 bis 2009 kontinuierlich gestiegen ist. 28 Schulen (23 %) wünschen sich Hilfe bei der Reaktivierung des Schulgartens. Dies unterstreicht den Beratungsbedarf zu diesem Thema. Unterstützungswünsche zu Fragen der Schulgarten- und Schulfreiflächengestaltung nannten 31 Schulen (26 %). Insbesondere Hochbeetbau, Gemüseanbau,

Anlage von Beeten (z. B. Gewürz- und Färbepflanzen), Anlage von Biotopen (z. B. Trockenmauer, Insektenhotel), Obst- und Beerenanbau und Hilfe zur Umgestaltung des Schulgeländes wurden genannt. Bei allen Themen leistet die Projektstelle „Schule als Garten“ pädagogische und gärtnerische Unterstützung. Deutlich wurde bei den Schulprojekten, dass eine gärtnerische Unterstützung nur mit Beteiligung der Pädagogik einen Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ leisten kann. Eine nur gärtnerische Unterstützung kann diesen Prozess nicht unterstützen.



Umfrageergebnis: Die Anzahl der Schulgärten ist kontinuierlich gestiegen. 2009 waren es schon 74 Schulgärten.

Vielfältige Projekte

Ausgehend von der Umfrage gab es Erstkontakte zu 20 Schulen. Hieraus ergaben sich regelmäßige Kontakte im Bereich Schulgärten und Schulfreiflächengestaltung an 11 Schulen. Dazu zählen die regelmäßige Betreuung im Offenen Ganztagsbereich, Schulgarten AGs, Berufsorientierung an weiterführenden Schulen sowie die Planung und Umsetzung von Gestaltungsmaßnahmen in Schulgärten und Projekte auf dem Schulgelände.

An 17 weiteren Schulen gab es Vor-Ort-Termine mit dem Ergebnis von Projektvorhaben und Planungen, die zum Teil noch auf eine Realisierung warten. Aufgrund des hohen Bedarfs der Schulen hat die Projektstelle „Schule als Garten“ Anfang 2010 mit einem Workshopangebot zum Weidenbau begonnen und einen „Runden Tisch“ durchgeführt. Das Workshopangebot soll angelehnt an die Umfrageergebnisse im Herbst 2010 fortgeführt werden.

Naturnahe Schulfreiflächengestaltung

Schulflächen als Natur- und Erlebnisraum zu gestalten ist die wesentliche Aufgabe der Projektstelle „Schule als Garten“. Schulen sind Stadtteilräume, die nicht nur für die Schüler Lebensraum bedeuten. Ökologischer Gemüse- und Obstanbau ist für viele Menschen ein wichtiges Thema, was z.B. auch die steigenden Verkaufszahlen von Bioprodukten belegen. Naturnahe Gestaltungen ermöglichen den Schülern das Erleben der heimischen Pflanzen- und Tierwelt. Sie bieten einen Raum des Erlebens und Forschens auf vielfältige Weise. Blühende Schneeglöckchen, naschende Raupen oder Blüten, die sich zu Früchten entwickeln, laden zum Beobachten, Forschen und Staunen ein ...

In einer fächerübergreifenden Konzeption tragen Schulgärten und Schulfreiflächengestaltungen zum Verständnis von „Natur“ und der großen Umweltzusammenhänge bei, indem sie die kleinen Zusammenhänge veranschaulichen.

Im pädagogischen Alltag umgesetzt bedeuten sie „nebenbei“: Gesundheitserziehung – Ernährung – Bewegung – Förderung der Sinneswahrnehmung – Gewaltprävention – Integration von Jugendlichen, die Erfahrungen aus anderen Kulturräumen mitbringen – Berufsorientierung für den Beruf Gärtner – Bewahrung



Weidenlaube am Dreikönigsgymnasium

von gärtnerischen Kulturtechniken und Biodiversität im Supermarktzeitalter – Sensibilisierung für naturnahe Gestaltung – Anbau ohne Gift und Gentechnik.

Für die Projektstelle „Schule als Garten“ gibt es unzählige Aufgaben, besonders die Ergebnisse der Umfrage verdeutlichen den großen Bedarf. Dennoch ist die Finanzierung der Projektstelle „Schule als Garten“ für das Jahr 2011 nicht gesichert. Die Voraussetzungen für eine langfristige Planung, wie sie für Schulen wichtig sind, müssen erst geschaffen werden.

 Peter Mülbredt

Kontakt:

Peter Mülbredt
KölnAgenda e.V.
Kartäusergasse 9 - 11
50678 Köln
Mo., Di. & Mi. 10-18 Uhr
Tel.: (0221) 33 82 125
E-Mail: p.muelbredt@koelnagenda.de

Der Plan zum Ziel

Klimaschutz in Köln

Klimaschutz ist ein EU-weit anerkanntes Problem. Köln hat viele Initiativen, was fehlt ist der Plan zur Erreichung des Ziels.

Andere Länder, andere Prioritäten

Im Wirtschaftsteil des Kölner Stadtanzeigers lautete die Schlagzeile am 2. August 2010 „Ökostrom-Großmacht China“. China ist innerhalb kürzester Zeit zum größten Markt für erneuerbare Energien aufgestiegen und hat Europa und die USA überholt. Das ist gut so, denn die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung dort ist rasant und wenn diese durch regenerative Energieträger entwickelt und getragen wird, dann ist dies das Beste, was dem globalen Klimaschutz passieren kann.

Für den Klimaschutz in Köln müssen die Zeichen sicherlich anders gesetzt werden. Auch hier gilt es zwar, den Anteil der regenerativ erzeugten Energie kontinuierlich zu steigern, aber in Deutschland existiert eine funktionierende Energieversorgung und hier muss die volkswirtschaftliche Priorität anders lauten. Wir müssen von dem riesigen Verschwendungsniveau und der uneffizienten Energienutzung herunter kommen. Erst dann ist es möglich, in Deutschland den Restbedarf regenerativ zu erzeugen und die Nachfrage zu decken.

„2000 Watt Gesellschaft“ erreichen

Die Stadt Köln ist 2008 dem Bürgermeisterkonvent europäischer Städte beigetreten und hat sich damit verpflichtet, die klimapolitischen Ziele der europäischen

Kommission auch für Köln umzusetzen oder noch zu übertreffen. Damit soll der Anteil der regenerativen Energien in der Versorgung von Köln bis 2020 auf 20% erhöht werden und die CO₂-Emissionen in Köln um 20% gegenüber 1990 gesenkt werden. Das wichtigste Ziel für Köln ist aber die Steigerung der Energieeffizienz um 20% oder besser noch darüber hinaus. Der Maßstab für die langfristigen Ziele im Klimaschutz muss die „2000 Watt Gesellschaft“ sein, wie sie der Züricher Stadtrat bereits 2008 beschlossen hat. Dies heißt, dass mittelfristig jede Person nur noch 2000 Watt energetische Dauerleistung konsumieren darf. Der heutige Bedarf in Mitteleuropa liegt bei rund 6500 Watt pro Person. Dieses sehr abstrakt klingende Ziel gilt es zu erreichen.

Unterstützung durch Experten

Die Verwaltung erarbeitet derzeit ein Klimaschutzkonzept für Köln. Sie wird dabei von namhaften Gutachtern unterstützt. Sowohl Gertec und Ifeu als Experten für den Bereich Energie, als auch das Wuppertal-Institut für den Bereich Mobilität sind ausgewiesene Fachinstitute und sollten ein gutes Ergebnis für Köln sicherstellen. Entscheidend wird aber auch die Bereitschaft des Kölner Rates zum Umsteuern und zur Investition in mehr Energieeffizienz in den städtischen Liegenschaf-



Eine der neuesten Solarsiedlungen der GAG in Köln-Ossendorf: Die Häuser sind gedämmt und mit Solarthermie und Pelletheizungen ausgerüstet

ten sein. Daneben ist aber die Mitnahme der Stadtgesellschaft ein wichtiger Faktor, der über Erfolg oder Misserfolg der städtischen Bemühungen entscheidet.

Aktuell in Bearbeitung und die Grundlage für zukünftige Entscheidungen ist die Erstellung einer gesamtstädtischen CO₂-Detailbilanz, mit der die besonders emissionsstarken Handlungsfelder identifiziert werden sollen. Die CO₂-Bilanz soll zukünftig regelmäßig erhoben und fortgeschrieben werden. Auch dies ist eine der Auflagen aus dem Bürgermeisterkonvent.

Partizipativer Ansatz

Das Kölner Klimaschutzkonzept verfolgt einen partizipativen Ansatz. Derzeit werden viele Akteure, die für die Effizienz von Energienutzung und Erzeugung in Köln wichtig sind, zu ihren Gegebenheiten und Planungen befragt. Dies umfasst städtische Dienststellen ebenso wie öffentliche und private Bauträger und Wohnungsgesellschaften. Auf diesem Wege erfolgt eine Bestandsaufnahme, welche Klimaschutzprojekte in Köln bereits realisiert wurden und welche in der Planung und Diskussion sind. Darauf aufbauend werden noch in diesem Jahr gemeinsam mit den relevanten Akteuren die erkennbaren Handlungsoptionen in themenspezifischen Fachgesprächen und Workshops vertieft. In diesem Prozess werden auch die Politik und bürgerschaftliche Initiativen beteiligt. Im Ergebnis werden die effizientesten und erfolversprechendsten Maßnahmen zu einem Klimaschutzprogramm für Köln verdichtet. Dieses soll dem Rat der Stadt Köln bis Mitte 2011 zur Entscheidung vorgelegt werden.

Das Klimaschutzkonzept Köln soll die Basis für einen mittelfristigen Klimaschutzprozess in Köln schaffen, mit dem das Ziel des europäischen Städtenetzwerks Klimabündnis „50% CO₂-Minderung bis 2030“ erreicht werden kann.

Klimaschutz für Jedermann

Um diese mittelfristigen Ziele zu erreichen und eine Bewegung zum Klimaschutz in Köln zu erreichen, ist die Mitnahme der Bevölkerung von großer Bedeutung. Aktuell fördert der von der Rheinenergie angeregte und finanziell unterstützte KlimaKreis Köln das Projekt „Klimaschutz – Jeder, jeden Tag!“. In diesem Kooperationsprojekt von Querwaldein e. V. und Naturgut Ophoven wird durch Aktionsstände und Bannerwer-



Das erste Solarsiedlungsprojekt Nordrhein-Westfalens in Köln-Bocklemünd. Die Balkonbrüstungen sind hier mit Solarpaneelen ausgerüstet

bung das Ziel Klimaschutz für Jedermann allgegenwärtig gemacht. Solche Kampagnen sind wichtig, um Klimaschutz nachhaltig in den Köpfen der Menschen zu verankern und daran zu erinnern, dass es nicht nur um große und grundsätzliche Entscheidungen geht, sondern, dass auch jeder Einzelne im Alltag zum Klimaschutz werden kann und muss. Dies betrifft das Abschalten überflüssiger Stand-by-Schaltungen ebenso wie automobil zurück gelegte Kurzstreckenfahrten und andere wenig nachhaltige Verhaltensweisen.

Klimaschutz ist Selbstschutz

Wenn also in dem eingangs erwähnten Artikel steht, dass 4 von 5 in China aufgestellten Windrädern aus chinesischer Fertigung kommen, dann muss dies hierzulande Ansporn für eine eigene von fossilen Energieträgern unabhängige Gesellschaft sein. Damit wird Deutschland energieautark und importunabhängiger und reduziert ganz nebenbei weltweite Konfliktpotentiale um fossile Energieträger. Ein Ziel, welches zu den ureigenen Kernthemen der Lokalen Agenda 21 gehört.

 Dr. Ludwig Arentz

Kontakt:

Stadt Köln
Amt für Umwelt
und Verbraucherschutz
Umweltvorsorge
Tel.: 0221-221 24677
E-Mail:
Ludwig.Arentz@stadt-koeln.de

KlimaKreis Köln: Eine Runde Sache fürs Klima

Motor für lokale Innovationen



Der KlimaKreis Köln fördert bereits neun innovative Klimaschutz-Projekte in der Region. Sie stehen beispielhaft für den nachhaltigen Umgang mit der Ressource Energie.

Wenn der Wind durch die Fenster ins Eigenheim pfeift oder der Putz von der Fassade bröckelt, ist das ein klarer Fall für Handwerker. Schreiner, Maurer und Co treffen bei ihren Einsätzen vor Ort oft auf Hauseigentümer, die zwar Mängel beseitigen lassen, sich aber scheuen, ihre Häuser energetisch auf den neuesten Stand zu bringen. Und das nicht nur, weil die Kosten einer solchen Sanierung abschrecken. Neuesten Studien zufolge bleiben sie auch angesichts der unzähligen Fragen und verwirrenden Informationen zum Thema lieber untätig.

Handwerker leisten Überzeugungsarbeit

Die Handwerkskammer Köln hat sich diese Tatsache zu Herzen genommen und entwickelt mit dem Projekt „Bauteam Klimaschutz“ ein Gegeninstrument. Energieberater und speziell geschulte Handwerksbetriebe

sollen sich vernetzen und den Hausbesitzern künftig von der Entscheidungsfindung bis hin zur Umsetzung der Sanierung mit Rat und Tat zur Seite stehen. Außerdem wird eine Internetseite mit allen relevanten Informationen erstellt. Ziel ist es, mehr Eigentümer von notwendigen energetischen Sanierungen zu überzeugen und somit einen konkreten Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Das Vorhaben „Bauteam Klimaschutz“ der Handwerkskammer hat auch den KlimaKreis Köln überzeugt – es wurde als eines von nunmehr neun Projekten in die Förderung aufgenommen.

Mehr als eine Million Euro aus Mitteln der Rhein-Energie hat das Gremium aus führenden Kölner Kompetenzträgern seit seiner Gründung im Januar 2009 bereits für innovative Klimaschutz-Projekte in der Region investiert. Weitere vier Millionen Euro sollen in



Die Runde wird immer größer. KlimaKreis Köln-Vorsitzender Univ.-Professor Dr. Marc Oliver Bettzüge (2. v. r.) und RheinEnergie-Vorstand Dr. Dieter Steinkamp (r.) im Kreis der Projektträger.



Sonnige Aussichten: Der KlimaKreis Köln unterstützt u. a. die pädagogische Arbeit des NaturGut Ophoven zum nachhaltigen Umgang mit Energie.

den kommenden vier Jahren in neue, bahnbrechende Konzepte fließen.

Innovation auf allen Ebenen

Unter dem Motto „Global denken, konkret handeln“ sind spannende Netzwerkprojekte – wie das „Bau-team Klimaschutz“ der Handwerkskammer – ebenso versammelt wie pädagogische oder technische Innovationen. So entwickelt der Förderverein NaturGut Ophoven e.V. in Leverkusen Unterrichtseinheiten über Energie und Klima für Schüler der Primarstufe. Und das Institut für ökologische Forschung und Bildung „Natur & Kultur“ will mit einer Vielzahl von Projekten

und Workshops aus Köln eine „Klimaschutz-Bildungskommune“ mit Vorbildcharakter machen.

Saubere Stahlverarbeitung

Im Bereich Technik konnte unter anderem die Firma Nockemann & Klein aus Marienheide den KlimaKreis Köln von sich überzeugen. Das Unternehmen setzt für die Verarbeitung von Stahl auf erneuerbare Energie und prüft den Bau einer Biomasseanlage, die aus Holzabfällen nicht nur Wärme, sondern auch Strom erzeugen kann. Die GAG-Immobilien AG bringt eine ihrer ältesten Immobilien auf den neuesten Stand und entwickelt dabei ein Computer-Modell für die nachhaltige klimaeffiziente Sanierung der zahlreichen Bestandsgebäude.

Neue Förderrunde im Herbst

Innovationsgrad, regionale Relevanz und Modellcharakter der Projekte stehen wieder im Mittelpunkt, wenn der KlimaKreis Köln im Herbst über neue Förderprojekte entscheidet, die zum nachhaltigen Umgang mit der Ressource Energie in der Region beitragen. Die Auswahl treffen kompetente Vertreter namhafter Unternehmen und Institutionen – darunter die Fachhochschule Köln, die EnergieAgentur NRW, die RheinEnergie AG oder die Stadt Köln. Den Vorsitz hat Universitäts-Professor Dr. Marc Oliver Bettzüge, Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln. Eine Förderung beantragen können Personen, Unternehmen, Verbände, Vereine oder auch Netzwerke.

Alle wichtigen Informationen zum Antrag und Dokumente zum Download stehen unter www.klimakreis-koeln.de bereit.

 Christiane Worring

Kontakt:

KlimaKreis Köln
 Telefon: 02 21/82 75-36 38
 Fax: 02 21/82 75-36 39
 E-Mail: info@klimakreis-koeln.de

Anzeige

Mehr Wärme für weniger Geld - Unabhängig von Erdöl und Erdgas - Gesundheit durch Wohnqualität - Rundum Wohlfühlen in allen Details.

40 ökologisch orientierte Unternehmer und Unternehmerinnen in der Region Köln/Bonn/Rhein-Sieg, die helfen, ökologisches Bauen in die Tat umzusetzen.

Und zwar mit Experten-Know-how und bis zu 25-jähriger Erfahrung.

ÖkoBau Rheinland. Wir sagen Ihnen wie's geht!

ÖkoBau Rheinland – Verband für ökologisches Planen, Bauen und Wohnen e.V.
 Biegerstr. 22 · 51063 Köln · Fon (0700) 15122220 | info@oekobau-rheinland.de

ökoBau
 Rheinland

www.oekobau-rheinland.de

Klärwerke halbieren CO₂

Schon in den vergangenen fünf Jahren konnten die Kölner Stadtentwässerungsbetriebe (SteB) ihre Kohlendioxid-Emissionen um 25% auf etwa 40.000 Jahrestonnen senken. Laut Mitteilung der SteB an den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün der Stadt Köln sollen in den nächsten Jahren weitere 10.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart werden, so dass die Emissionen von knapp 54.000 Tonnen im Jahr 2004 um insgesamt 44 Prozent auf etwa 30.000 Jahrestonnen CO₂ vermindert werden.

www.steb-koeln.de

Städtischer Passivhausstandard

Alle städtischen Neubauten müssen ab sofort in Passivhaus-Bauweise errichtet werden. Das hat der Betriebsausschuss der städtischen Gebäudewirtschaft mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP beschlossen. Demnach dürfen Gebäude nur noch 15 KiloWatt/ Stunde pro m² und Jahr an Heizenergie verbrauchen. Auch bei Sanierungen müssen nach Möglichkeit Bauteile nach Passiv-Hausstandard verwendet werden. Mit der Verschärfung der Energieleitlinie soll die Stadt ihrer Vorbildfunktion beim Klimaschutz gerecht werden. Aber auch die tendenziell immer weiter steigenden Energiekosten sollen gesenkt werden.

Stromsparcheck

Betreut durch die Katholische Gemeinde „Johannes XXIII“ und unterstützt durch die RheinEnergie bietet der Caritasverband einkommensschwachen Haushalten in Chorweiler einen kostenlosen Stromsparcheck an. In zwei Beratungsgesprächen wird ein individuelles Stromsparpaket erstellt und Direktinstallation von kleineren Spargeräten, wie z. B. Energiesparlampen, Steckerleisten etc. vorgenommen, um die Energiekosten zu senken.

www.stromspar-check.de

„ColognE-mobil“

Köln ist Modellregion für ein bundesweites Projekt zur Erprobung von Elektroautos und die dafür notwendige Infrastruktur. Dafür stellen die Ford-Werke 25 Elektrofahrzeuge der Modelle Focus und Transit zur Verfügung. Die RheinEnergie richtet im Großraum Köln Stromtankstellen ein, von denen die ersten bereits in Betrieb genommen wurden. Beteiligt ist auch die Stadt sowie die Universität Duisburg-Essen. Neben Köln gibt es sieben weitere Modellregionen in Deutschland, für die insgesamt 115 Millionen Euro aus Mitteln des Konjunkturpakets II zur Verfügung stehen.

27 Mio Euro für DLR-Solarinstitut

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert den Aufbau eines Instituts für Solarforschung im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in den kommenden fünf Jahren mit insgesamt 27 Millionen Euro. Das DLR-Institut für Solarforschung wird seinen Schwerpunkt auf dem Gebiet der konzentrierenden solarthermischen Kraftwerke haben. Solche Sonnen-Kraftwerke fokussieren die Strahlen der Sonne, um mit der so entstehenden Hitze über einen normalen Kraftwerksprozess umweltfreundlich CO₂-freien Strom zu gewinnen.

www.dlr.de

Oben Sonne, unten Kompost

Auf dem Dach der Kölner Kompostierungsanlage hat die RheinEnergie eine neue Solar-Großanlage mit einer Leistung von 530 Kilowatt errichtet. Die 2304 Solarmodule der 3500 m² großen Anlage produzieren ca. 480.000 Kilowattstunden Strom für 160 Kölner Haushalte.

Die Kosten der Anlage, die jährlich etwa 240 Tonnen CO₂ spart, betragen etwa 1,4 Millionen Euro. Pro installierter Kilowatt-Peak hat die Rheinenergie damit etwa 2650 Euro investiert. Zum Vergleich: Eine 5kWp-Kleinanlage kostete vor fünf Jahren mit über 50.000 Euro etwa das vierfache.

www.rheinenergie.com

Carrotmob in Köln

Im April 2010 fand erstmalig ein Carrotmob in Köln statt. Im Mittelpunkt standen dabei die Bürger. Über 300 von ihnen haben am Samstagmittag mit einem Einkauf im „Obst und Gemüse Land“ in der Zülpicher Straße 307 zu einem Rekordumsatz vom 3.250 Euro beigetragen. 75 Prozent des Tagesumsatzes sollen nun in die klimafreundliche Modernisierung des Geschäfts investiert werden. Die Bäckerei Schweitzer in Neuhrenfeld war im Juli Mittelpunkt des zweiten Carrotmob.

4. Kölner Passivhausseminar

Vom 25. bis 30. Oktober 2010 findet das 4. Kölner Passivhaus-Seminar statt. Veranstaltet wird das Seminar vom Ingenieur-Büro Nordhoff, IBN Passivhaus-Technik in Köln. Etwa 40 Teilnehmer/innen haben bislang nach mehrtätiger Schulung das Zertifikat „PassivhausPlaner“ erlangt. Eine Minimierung der Heizkosten und der damit verbundenen CO₂-Emissionen ist bei dem Passivhaus nur mit geringen Mehrkosten in der Sanierung oder beim Neubau verbunden.

www.ibn-passivhaus.de

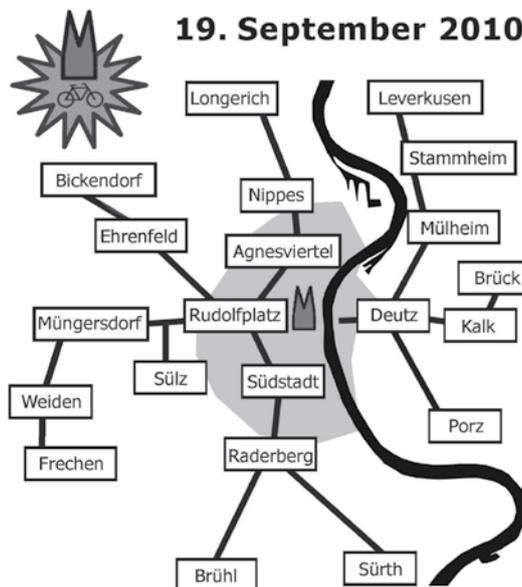
Städtischer Energiebericht

Im Zeitraum 2003 – 2007 sind die Energiekosten der städtischen Gebäude von 22 Mio. Euro auf inzwischen 26 Millionen Euro gestiegen, wobei der Heizenergieverbrauch von 307 GigaWatt/Stunde auf 328 GWh zugenommen hat und der Stromverbrauch von 64,3 auf 63,4 GWh leicht gefallen ist. Noch etwas versteckt kann der Städtische Energiebericht erstmals auf der Website der Stadt eingesehen und heruntergeladen werden.

www.stadt-koeln.de

3. Kölner Fahrrad-Sternfahrt

19. September 2010



Infos, Treffpunkte und Zeiten auf
www.koelner-fahrrad-sternfahrt.de

Schon mal auf einem richtig guten Rad gesessen?



Richtig gutes Fahrrad:

- funktioniert zuverlässig
- wird vom Fachhandel montiert
- ist in allen Anwendungen benutzerfreundlich
- ist individuell einstellbar/ anpassungsfähig
- überzeugt schon bei der Probefahrt
- macht viele Jahre Spaß
- wird von netten Menschen verkauft

auf draht 

Das Fahrradgeschäft in Uninähe
Weyertal 18 · 50937 Köln
Tel./Fax 0221 - 44 76 46
www.aufdraht-koeln.de

Sülz

Stadtrad
Service, Fahrrad...

Bonner Str. 53 – 63 · 50677 Köln
Tel. 0221-32 80 75
Fax 0221-932 22 58
www.stadtrad-koeln.de

Südstadt

Wie sieht Köln als nachhaltige Stadt in 20 Jahren aus?

Klimawandel im Dialog

**dialogkölner
klimawandel**
ein grüner Masterplan
für die Stadt

Einerlei wie sie heißen, ob Eco City, Green City, European Green Capital oder C40-Stadt und wie viel Wortgeklingel und PR-Geschick auch immer dahinter steht – kaum eine Stadt mit einiger Bedeutung kommt inzwischen um die Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung und den urbanen Klimaschutz herum. Ob London, Seoul oder Hamburg, Barcelona, Kopenhagen oder Siegburg, in allen diesen Kommunen regen sich vielfältige Aktivitäten, ihre städtischen Standorte zukunftssicher und klimafreundlich zu machen.

Urbane Zukunftsvision zur Nachhaltigkeit gefragt

Auch in Köln ist mit dem Masterplan für die Kölner Innenstadt aus dem Büro Speer eine erfreulich fruchtbare Debatte zur Entwicklung des Stadtraumes initiiert worden. Darüber hinaus hat die Regionale 2010 wegweisende interkommunale Projekte angeregt und der Aktionsplan „Nachhaltige Energie für Köln“ liefert erstmals grobe Daten zu den Klimagasemissionen und Handlungsempfehlungen für die Bereiche Wohnen und Verkehr. Der Stadt fehlt aber noch eine eigenständige urbane Zukunftsvision in Sachen Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit. Höchste Zeit also auch für Köln mit der Arbeit an einem Gesamtkonzept für die nachhaltige Zukunft zu beginnen.

In Dialog mit allen Akteuren und interessierten Bürgern

Mit dem Projekt „Dialog Kölner Klimawandel“ wird der „frische Wind“ des Masterplan-Diskurses genutzt, um die bedeutsamer werdenden „grünen“ Themen in die städtische Zukunftsplanung einzuführen – in einem Dialog mit allen relevanten Akteuren und interessierten Bürgern und als Ergänzung zum Masterplan Innenstadt und anderen Vorhaben. Der Dialog Kölner Klimawandel wird in den nächsten Monaten zu den sechs Themenbereichen Bauen und Wohnen, Bildung und Kultur, Energie und Klima, Grünflächen und Freiraum, Soziale Lebensqualität und Verkehr/Mobilität

eine Analyse der Stärken wie der Entwicklungspotenziale Kölns vornehmen und daraus, gemeinsam mit den Akteuren der „Stadtgesellschaft“, einen Zukunftsentwurf und konkrete Leitprojekte für urbane Nachhaltigkeit erarbeiten.

Ausgezeichnet von der Akademie der Künste

Am 12.04.2010 wurde der Dialog Kölner Klimawandel bereits von den führenden Architekten- und Ingenieurverbänden und der Deutschen Akademie der Künste als ausgezeichnetes und richtungweisendes Projekt zum Klimaschutz ausgezeichnet, welches Klimaschutz und Bürgerengagement in einer breit angelegten Debatte zur nachhaltigen Stadtentwicklung vereint und konkrete Perspektiven für die Umsetzung aufzeigt.

Kooperationsprojekt mit vielseitiger Unterstützung

Der Dialog Kölner Klimawandel ist ein Kooperationsprojekt des KATALYSE Instituts für angewandte Umweltforschung, des hdak – Haus der Architektur Köln und des IAK Institut für angewandte Kreativität und wird getragen von einer Vielzahl weiterer Unterstützer – von der Lokalen Agenda Köln über die Stadt Köln oder die IHK bis hin zu Naturschutz- und Umweltschutzorganisationen. Gefördert wird das Projekt mit Mitteln des Klimakreises Köln.

 Svend Ulmer

Weitere Informationen

Svend Ulmer · Dialog Kölner Klimawandel (DKK) – ein grüner Masterplan für die Stadt

Bei Fragen und Anregungen kontaktieren Sie uns gerne über das DKK-Sekretariat im KATALYSE Institut:

Tel: +49 (221) 94 40 48 – 22 · E-Mail: s.ulmer@koelner-klimawandel.de · Internet: www.koelner-klimawandel.de

Die Klimakampagne

Klimaschutz – Jeder, jeden Tag



Klimaschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben für eine nachhaltige Entwicklung auf unserer Erde. Denn die von Menschen gemachte Klimaerwärmung betrifft uns alle. Der Querwaldein e.V. und das NaturGut Ophoven führen deshalb gemeinsam in der Stadt Köln seit Oktober 2009 die Kampagne „Klimaschutz - jeder, jeden Tag!“ durch. Diese wird gefördert durch den Klimakreis Köln.

Sofortiges Handeln notwendig

Hauptziel des Projektes ist es, die Grundmotivation zum Klimaschutz in der Kölner Bevölkerung zu verbessern. Obwohl der Fachwelt seit mehr als 20 Jahren bekannt ist, dass ein Klimawandel bevorsteht, wurde diese Tatsache in der Öffentlichkeit bisher wenig beachtet. Erst in den letzten Jahren wird dieses Wissen auch in den Medien und in der Politik verstärkt kommuniziert. Ein sofortiges Handeln aller ist dringend notwendig, um den Lebensraum der Menschheit zukunftsfähig zu gestalten. Denn ein Klimawandel geht einher mit einer Änderung der Lebensbedingungen regional und global.

Die Klimaschutzkampagne beabsichtigt daher, das globale Problem des Klimawandels für den Einzelnen greifbar zu machen. Ziel ist die Aktivierung jedes Einzelnen für ein verantwortliches Handeln. Zielgruppe sind alle KölnerInnen, die zum eigenen Handeln sowie zur Weiterverbreitung der Idee gewonnen werden sollen! Kölner Schirmherr von „Klimaschutz im Dialog: Klimaschutz – Jeder, jeden Tag“ ist Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters.

Klimakampagne vor Ort

Seit Oktober 2009 ist der Querwaldein e.V. mit einem Klimastand auf Stadt- und Verbandsfesten in Köln vertreten. An den Ständen erhalten Interessierte z.B. Informationen zum Energiesparen und zur umweltfreundlichen Mobilität. Kinder können am Glücksrad knifflige Fragen zum Klimaschutz beantworten und zahlreiche Preise gewinnen.

Mit dem Querwaldein e.V. und dem NaturGut Ophoven existiert ein starkes Bündnis, denn beide Vereine bieten im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung vielfältige naturerlebnispädagogische Programangebote für alle Altersgruppen an.



Klimabanner an der Fachhochschule Köln Süd

Jeder kann mitmachen!

Verschiedene Aktionen unterstützen die Kampagne. Dabei wird u.a. gezeigt, wie mit Sparlampen und guter Wärmeisolierung Strom im Haushalt gespart werden kann oder wie regionaler Einkauf großen Einfluss auf die Klimabilanz hat. Bei Schulaktionen wurde u.a. gezeigt, wie mit Recyclingpapier und umweltfreundlichen Stiften im Ranzen zum Klimaschutz beigetragen werden kann.

Gleichzeitig machen Klimabanner und Fahnen mit dem Slogan „Klimaschutz - Jeder, jeden Tag“ an verschiedenen Orten im Stadtgebiet auf die Kampagne aufmerksam. Zahlreiche Gemeindehäuser, Schulen oder Kindergärten haben die gelb-orangen 6 x 0,8 m oder 4 x 0,8 m großen Transparente aufgehängt.

Jeder Einzelne kann zum Klimaschutz beitragen aber auch Vereine, Unternehmen oder kirchliche Gemeinden. Der Querwaldein e.V. würde sich freuen, wenn sich möglichst viele gesellschaftliche Akteure für die Klimakampagne engagieren.

 Marcel Hövelmann

Kontakt:

Regine Kossler
Tel. 01 51/56 10 50 99
regine.kossler@querwaldein.de
www.querwaldein.de/klimaschutzkampagne

Projekt ÖKOPROFIT® Köln gestartet

Betriebskosten senken und dabei Umwelt und Klima entlasten

Als eine von mehreren Teilmaßnahmen im Klimaschutzkonzept der Stadt Köln wird der örtlichen Wirtschaft seit Anfang 2010 die Teilnahme an dem ökologischen Projekt für integrierte Umwelttechnik (ÖKOPROFIT®) ermöglicht. ÖKOPROFIT® ist ein zukunftsweisendes, bewährtes Konzept, das Unternehmen bei der Senkung von Betriebskosten durch Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen unterstützt.

Auftaktveranstaltung im Rathaus

Am 10. März 2010 fand der Auftakt für die erste Runde ÖKOPROFIT® Köln statt. Dabei gaben OB Jürgen Roters und Frau Marlis Bredehorst, Dezernentin für Soziales, Integration und Umwelt, den Startschuss. Während der zweistündigen Veranstaltung im Ratssaal des Rathauses Spanischer Bau würdigte OB Jürgen Roters das Engagement der teilnehmenden Unternehmen. Er bezeichnete die Unternehmensvertreter als Kölner „Pioniere“ des Projektes und lobte es als gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik, die er nachhaltig unterstützen wolle.

Begleitet werden die Unternehmen durch die erfahrenen Umweltberater der Firma B.A.U.M. Consult GmbH aus Hamm und Consulting Dr. Saumweber & Partner aus Aachen. „Neben einer individuellen Beratung in den Betrieben werden die Unternehmen in gemeinsamen Workshops zusammenkommen“, erklärte Umweltberater Michael Homeyer. „Neben regelmäßigem Erfahrungs- und Informationsaustausch sollen zentrale Fachthemen wie Strom, Wärme, Wasser, Abfall, Betriebs- und Hilfsstoffe, Mitarbeitermotivation, Umweltcontrolling und Rechtsaspekte vermittelt werden.“

Teilnehmer der ersten Runde sind:

ConAction e.V., F.&M. Lautenschläger GmbH & Co. KG, GS Schmitz GmbH & Co. KG, Kölner Sportstätten GmbH/RheinEnergie Stadion, Kolping Hotel am Römerturm GmbH, Krieler Welle, Kronenberg Profil GmbH, Moeker Merkur Druck und Medien GmbH & Co. KG, Motor Fritsche GmbH, NOWEDA eG Apothekergenossenschaft, Projektkultur GmbH, Stockheim GmbH & Co. KG, Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH/Nahverkehr Rheinland GmbH

Das Familienunternehmen für Medizin- und Hygiene-technik, Lautenschläger z.B. möchte mit ÖKOPROFIT® Energie und damit Kosten einsparen. Geschäftsführerin Susanne Meurer erklärte, dass man bereits einige Punkte ausgemacht habe, bei denen sich sparen ließe. „Nun erhoffen wir uns konkrete Hilfe bei der Umsetzung.“

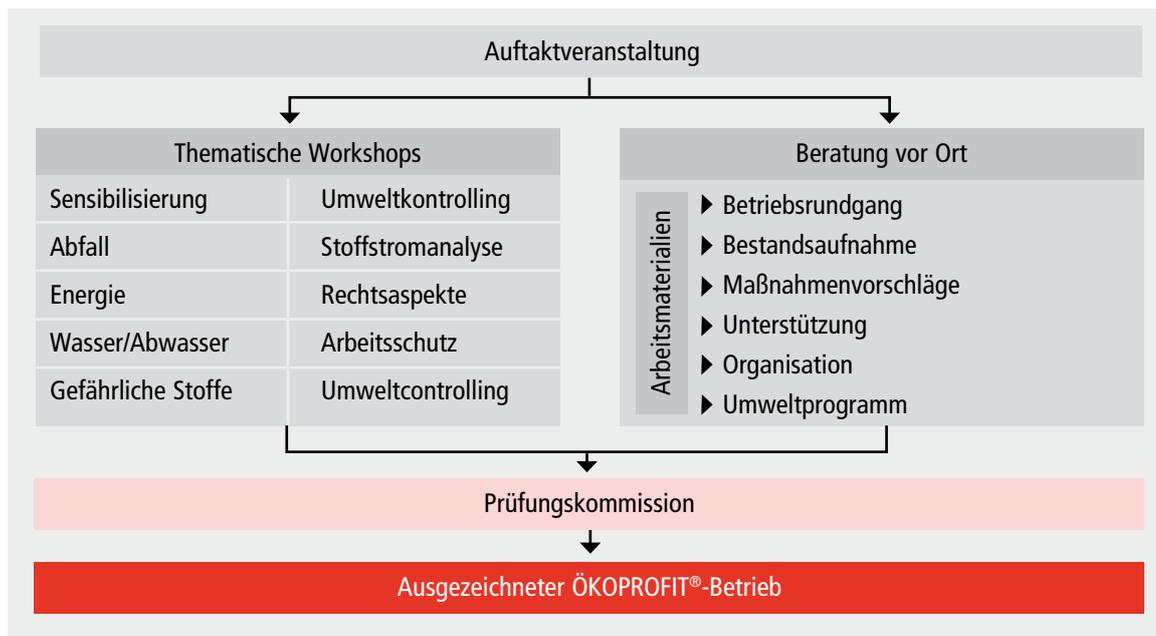
Die Federführung des Projektes übernimmt das Umweltamt. „ÖKOPROFIT® ist einer der wichtigsten Bausteine für das städtische Klimaschutzkonzept“, betonte Umweltdezernentin Marlis Bredehorst. Für



Teilnehmer und Kooperationspartner des Projektes

Teilnehmer der ersten Runde ÖKOPROFIT® Köln 2010

An der ersten Runde ÖKOPROFIT® Köln 2010 nehmen 13 Unternehmen aus den Sektoren IT, Gesundheits-, Medien-, Dienstleistungs- und Automobilbranche, produzierendes Gewerbe, Handwerk, Bildung, Öffentlichem Nahverkehr und Eventmanagement teil. Sie werden in den kommenden zwölf Monaten mit intensiver Beratung dabei unterstützt, Betriebskosten durch Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zu senken.



die Firmen und die Stadt Köln handle es sich dabei um ein „Win-Win-Projekt“, denn die Unternehmen möchten Kosten reduzieren und die Stadt habe ein großes Interesse daran, dass u. a. Energie eingespart werde.

Netzwerk kompetenter Partner

Eine Besonderheit des Projektes ÖKOPROFIT® Köln ist ein breit aufgestelltes Netzwerk kompetenter Partner, die sich in einem sogenannten Lenkungskreis zusammengefunden haben, um die teilnehmenden Unternehmen in jeder Phase des Projektes mit ihrem individuellen Fachwissen zu unterstützen. Dazu zählen neben der EffizienzAgentur NRW, der Fachhochschule Köln, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft, der städtischen Wirtschaftsförderung auch die RheinEnergie AG als ansässiger Energieversorger der Region.

Landesförderung durch das MUNLV

ÖKOPROFIT® ist ein Kooperationsprojekt zwischen Kommune und Wirtschaft. Dieses Programm zur nachhaltigen Wirtschaftsförderung wurde von der Stadt Graz in Österreich entwickelt und seit 1998 erfolgreich in rund 80 deutschen Städten durchgeführt. Das Projekt wird seit 2001 vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW finanziell unterstützt. Von kleineren Gemeinden, über Landkreise bis hin zu Großstädten haben viele den ersten Durchgang erfolgreich abgeschlossen und führen ÖKOPROFIT® fort.

Das Konzept von ÖKOPROFIT®

Über einen Zeitraum von einem Jahr werden Unternehmen über ihre Möglichkeiten der Kostensenkung durch Ressourcenschonung vor Ort beraten. Gemeinsame Workshops bieten eine Plattform für einen regelmäßigen Erfahrungs- und Informationsaustausch und vermitteln zentrales Fachwissen. Darunter werden Themen angeboten, wie Strom, Wärme, Wasser, Abfall, Betriebs- und Hilfsstoffe, Mitarbeitermotivation, Umweltcontrolling sowie Rechtsaspekte. Nach erfolgreicher Teilnahme werden die Unternehmen als ÖKOPROFIT®-Betrieb zertifiziert.

Dr. Ludwig Arentz, Umwelt- und Verbraucherschutzamt der Stadt Köln: „Steigende Energiekosten und die Finanzkrise stellen Unternehmen zunehmend vor Probleme. Da fallen Innovationen und besonders der Umweltschutz schnell hinten über. Das Programm ÖKOPROFIT® hat in vielen Projekten in anderen Städten bereits bewiesen, dass durch Optimierung der Ressourceneffizienz ein konkreter, monetärer Nutzen für das Unternehmen herauskommt und sehr wohl ÖKO und PROFIT zusammenpassen. Insofern ist das ÖKOPROFIT®-Projekt ein willkommener Baustein zur nachhaltigen Wirtschaftsförderung und Umweltvorsorge in und für Köln“.

Weitere Informationen unter www.stadt-koeln.de

Ansprechpartner:

Stadt Köln
 Umwelt- und Verbraucherschutzamt
 ÖKOPROFIT® Köln 2010
 Dr. Annette Boms
 Willy-Brandt-Platz 2
 50679 Köln
 Telefon (02 21) 221-2 46 28
 E-Mail:
umwelt-verbraucherschutz@stadt-koeln.de

Möglichkeiten zum Mitmachen

Arbeitsgruppen, Foren und Themenkreise

Energie-Forum KölnAgenda

Das Ziel des Energie-Forum KölnAgenda ist es, alle Möglichkeiten zum Energiesparen optimal auszu-schöpfen und erneuerbare Energi-
en aus Sonne, Wind, Wasser und
Biomasse zu fördern.

Kontakt: Dietmar Donath
Tel.: 02 21-7 12 45 35
Dietmar.Donath@koelnagenda.de

FrauenForum KölnAgenda

Das Frauenforum setzt sich seit
1998 für die Gleichstellung von
Frauen und Männern in allen
wichtigen Bereichen der Stadtent-
wicklung ein, u.a. bei der Erstel-
lung des Leitbilds Köln 2020 und
beim Bürgerhaushalt.

Kontakt: Maria Grote
Tel.: 02 21-5 50 42 43
Maria.Grote@koelnagenda.de

**Themenkreis Bildung, Ausbil-
dung und Wissenschaft**

Der Themenkreis setzt sich inten-
siv mit Leitziele für eine nachhal-
tige Bildung auseinander und will
Wege zur Vermittlung einer nach-
haltigen Handlungskompetenz für
Kinder und Jugendliche aufzeigen.

Kontakt: Dr. Herbert Bretz,
Tel.: 02 21-221-2 46 34,
Herbert.Bretz@koelnagenda.de

**KölnGlobal – Bündnis für
Solidarität und Dialog**

Schwerpunkte des Kölner Netz-
werks für Entwicklungszusammen-
arbeit sind u.a. die Verwirklichung
der Millenniumsentwicklungsziele
in Köln und die Förderung des
neuen Kölner Völkerkundemuse-
ums als interkulturellen Treffpunkt.

Kontakt: Allerweltshaus e.V.,
Anne Walkenbach
Tel.: 0221-5103002
redaktion@koelnglobal.de
www.koelnglobal.de

**Agenda 21-Arbeitskreis an der
Fachhochschule Köln**

Der AK organisiert u.a. Ringvorle-
sungen zum Thema Nachhaltigkeit
und hat zur Einführung eines Um-
weltmanagementsystems an der
FH beigetragen.

Kontakt:
Prof. Dr. Christine Rieker,
Tel.: 0221-8275-2398,
Christiane.Rieker@fh-koeln.de
www.agenda21.fh-koeln.de

Zukunftsgruppe

Die Mitglieder der Zukunftsgruppe
des KölnAgenda e.V. widmen sich
vor allem der inhaltlichen Fortent-
wicklung des ÖKO-Stadtführers
(www.oekostadtfuehrer.de).

Darüber hinaus werden aktuelle
„kölsche“ Nachhaltigkeitsthemen
diskutiert.

Kontakt: marcel.hoevermann@
koelnagenda.de

Interessengemeinschaft**Braunsfelder Bürger (IgBB)**

Die IgBB setzt sich für eine nach-
haltige, ökologische und bürger-
freundliche Stadtentwicklung im
Planungsgebiet (Industriegebiet
Braunsfeld, Müngersdorf, Ehren-
feld, Vogelsang) ein.

Kontakt :
Ilsetraut Popke
Tel. 0221-54 28 31
und Henning Sonnemann,
0221545152-0001@t-online.de

**Förderkreis Landschaftspark
Belvedere**

Der Förderkreis setzt sich für die
naturnahe und vielfältige Entwick-
lung des zwischen Müngersdorf

und Bocklemünd gelegenen Land-
schaftsparks Belvedere ein.

Kontakt: Angelika Burauen
Tel.: 02 21-49 42 17
aburauen@gmx.de
www.landschaftsparkbelvedere.de

Klimabündnis Köln

Das vom KölnAgenda e.V. und der
Kölner Greenpeace Ortsgruppe
initiierte Klimabündnis engagiert
sich für konsequenten Klimaschutz
durch die Stadt Köln, Kölner Un-
ternehmen und die Bürger/innen.

Kontakt: KölnAgenda-Infostelle,
Roland Pareik
Tel: 02 21-3 31 08 87
roland.pareik@koelnagenda.de
www.klimabuendnis-koeln.de

Zu allen Gruppen erhalten Sie
weitere Informationen unter
www.koelnagenda.de bzw. bei
der KölnAgenda-Infostelle.
Tel: 02 21-3 31 08 87

Impressum

Herausgeber:

KölnAgenda e.V.
Kartäusergasse 9-11
50678 KölnAgenda
Fon: 0221/3310887
E-Mail:
verein@koelnagenda.de
www.koelnagenda.de

Redaktion:

Roland Pareik (ViSdP)
Sonja Merch (Leitung)
Stefan Kreuzberger

Autoren:

Roland Pareik
Carsten Bohnes
Werner Rügemer
Hille Lammers
Elisabeth Stiefel
Dr. Ludwig Arentz
Herbert Bretz
Sonja Merch
Johanna Pulheim
Stefan Kreuzberger
Marcel Hövelmann
Dunja Karabaic
Peter Mülbredt

Christiane Worryng
Svend Ulmer
Dr. Annette Boms

Gestaltung:

Wolfgang Scheible
Kamekestr. 20-22
50672 Köln
www.grafik-designer.com

Druck:

Druckhaus Süd
Bonner Str. 536
50968 Köln

Auflage
3000

Gedruckt auf:

Sati matt green Recycl. FSC
Schutzgebühr
1 Euro

Bildnachweis

S. 1, 5 iStockphoto
S. 6, 7, 9, 15, 40 Stadt Köln
S. 12, 13 Paritätischer Wohl-
fahrtsverband NRW

S.17 Volker Dennebieer

S. 18 fotolia

S. 21 Jutta Schmidt

S. 25 Stefan Kreuzberger

S. 31 Peter Mülbredt

S. 32, 33 Dr. Ludwig Arentz

S. 34, 35 Klimakreis Köln

S. 39 Querwaldein e.V.



Innovative Ideen gesucht!

Sie schützen das Klima. Wir unterstützen Sie.

Welche Projekte werden gefördert?

Ob technische Projekte, pädagogische Konzepte oder Vernetzungsansätze – gefördert werden kann alles, was:

- innovativ im Bereich Klimaschutz ist
- der Kölner Region zu Gute kommt
- CO₂ einspart

Wer kann die Förderung beantragen?

Im Prinzip jeder! Personen, Unternehmen, Verbände, Vereine oder auch Netzwerke können sich um eine Förderung bewerben. Wichtig ist nur, dass ein konkreter Nutzen für die Kölner Region besteht und dass das Projekt über weitere Finanzierungsmittel verfügt.

Wie stelle ich einen Antrag?

Unter www.klimakreis-koeln.de liegen alle wichtigen Dokumente zum Download bereit.

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0221 8275-3638

Fax: 0221 8275-3639

E-Mail: info@klimakreis-koeln.de

c/o Fachhochschule Köln
Claudiusstraße 1
50678 Köln





Beim Klima noch die Kurve kriegen Öfter Bus & Bahn fahren!

www.kvb-koeln.de
01803.504030
(9 C/min dt. Festnetz; Mobilfunk abweichend)



Menschen bewegen